

## Thomas Lindenberger

### Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung

<http://dx.doi.org/10.14765/zsf.dok.1.832>

#### Reprint von:

Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, herausgegeben von dems., Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 12), ISBN 3-412-13598-4, S. 13-44

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Thomas Lindenberger (1999), Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,  
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.514>

Ursprünglich erschienen als: Thomas Lindenberger, Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, herausgegeben von dems., Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 12), ISBN 3-412-13598-4, S. 13-44

# Inhalt

KONRAD H. JARAUSCH/CHRISTOPH KLEßMANN

Vorwort zu den Sammelbänden „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“ .....	11
--	----

THOMAS LINDENBERGER

Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung .....	13
1. Die sogenannte DDR-Gesellschaft – Grundzüge einer Debatte .....	16
2. „Herrschaft und Eigen-Sinn“ – der konzeptionelle Rahmen .....	21
3. Die Grenzen der Gesellschaft – Zwischenbefunde .....	26
4. Was zusammengehört: Konjunkturen der DDR-Gesellschaft .....	36
5. Danksagungen .....	43

## Teil I: Betriebe und Arbeit

THOMAS REICHEL

„Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959–1962) .....	45
1. Einleitung: Kontext Ende der fünfziger Jahre .....	45
2. „Den Brigaden größere Rechte“ – Forderungen von SED- und FDGB-Funktionären .....	48

3. „Wir machen keine neuen Strukturveränderungen!“ – Die SED-Führung blockt ab .....	52
4. Die BdsA-Kampagne im Betriebsalltag .....	55
5. „Jugoslawische Verhältnisse“ in den Betrieben? .....	61
6. Die ersten ausgezeichneten „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ .....	63
7. Fazit.....	72

## LEONORE ANSORG

„Irgendwie war da eben kein System ‘drin“. Strukturwandel und Frauenerwerbstätigkeit in der Ost-Prignitz (1968–1989).....	75
1. Die Durchsetzung des Strukturwandels – eine Region verändert sich .....	76
2. Die Folgen der zentralistischen Wirtschaftsplanung für den Obertrikotagenbetrieb.....	79
3. Die Arbeitssituation der Frauen im Betrieb.....	84
4. Das Problem der Qualitätserfüllung .....	88
5. Zur Rolle der Arbeitsbrigaden im Obertrikotagenbetrieb.....	90
6. „Aber da führte kein Weg ‘rein“ – der Arbeitsalltag von Frauen am Beispiel eines biographischen Lebensberichts .....	98
7. Arbeitssituation und Arbeitserfahrungen von Frauen in der Landwirtschaft.....	107
8. Auswirkungen des Strukturwandels auf die Lebensweise von Frauen.....	114

## Teil II: Ländliche Gesellschaft in den fünfziger Jahren

### DAGMAR LANGENHAN

„Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre)...	119
1. Vorbemerkungen .....	119
2. Ausgangsbedingungen der Kollektivierung im Untersuchungsgebiet.....	122
3. Verlauf der Kollektivierung .....	127
a) „Halte Dich fern von den Kommunisten“ – Distanz als Konzept (1952 bis Ende 1956) .....	127

b) „In Richtung Kolchose“ – die Schwachen und die Starken (Ende 1956 bis Anfang 1959).....	139
c) „Man kann nicht immer gegen den Strom schwimmen“ – LPG-Beitritt aller Bauern (1959 bis Frühjahr 1960) .....	149
d) „Die schnelle Umgestaltung fordert ihren Tribut“ – LPG-Mitglied oder Genossenschaftsbauer? (Die frühen sechziger Jahre).....	158
4. Fazit.....	164

## THOMAS LINDENBERGER

Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft.....	167
1. Fragestellung .....	167
2. 1952–53: Die ABV im verschärften Klassenkampf .....	169
3. 1953–55: „Den Klassenkampf auf dem Lande erkennen, lähmen und liquidieren“ .....	172
4. 1955–58: Die Einführung „neuer Arbeitsmethoden“ .....	174
5. 1958–60: Die DVP und die ökonomische Hauptaufgabe.....	176
a) Die ABV als „Landwirte hinsichtlich des Umpflügens des Bewußtseins der Menschen auf dem Lande“? .....	176
b) Keine LPG = latente Kriminalität.....	180
c) Ordnung und Sicherheit im vollgenossenschaftlichen Dorf .....	185
6. Das „Neue“ in der Arbeit der Volkspolizei .....	187
7. Zwischen Parteidisziplin und „Volkserlebnis“: Eine ABV-Lebensgeschichte.....	192
8. Der ABV als Landwirt?.....	201

### Teil III: Versorgungspolitik

BURGHARD CIESLA

Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR.....	205
1. Einführung.....	205
2. Industrielle Hochseefischerei und Ressourcenkrise .....	210
3. Industrielle Fischverarbeitung und Fischversorgung.....	216
a) Innovation im Nahrungsmittelkonsum: Tiefkühlkost im Westen und Osten Deutschlands .....	220
b) Eine Tiefkühlkost-Produktgeschichte : Die „Rostocker Fischstäbchen“ .....	222
4. Bemühungen um eine moderne Eßkultur: Das „Gastmahl des Meeres“ .....	227
5. Resümee .....	230

PATRICE G. POUTRUS

„...mit Politik kann ich keine Hühner aufziehen“. Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut.....	235
1. Einleitung .....	235
2. Der Lange Weg des Goldbroilers oder von der Neuen Gesellschaft zu neuen Zuchtmethoden.....	238
3. Die Geflügelzüchterin Frau Knut .....	248

### Teil IV: Der Bürger und sein Staat

SYLVIA KLÖTZER

„Volldampf woraus?“ – Satire in der DDR. „Eulenspiegel“ und „Kabarett am Obelisk“ in den siebziger und achtziger Jahren.....	267
1. Einleitung: Das dunkle Treppenhaus und die leuchtende Zukunft.....	267
2. Heitere Selbstverständigung über das „noch“ nicht ganz so Perfekte: Erwartungen an das Kabarett „von denen da oben“ .....	273
3. Wie wir uns drehn und wenden: Kabarettistische Praxis (I).....	277

4. Betriebskabarett des VEB „Vorwärts“, Betriebsteil „Abwärts“: Kabarettistische Praxis (II) .....	286
5. Der kleine Moritz und die Presse: Kabarettbühne und „Eulenspiegel“-Heft.....	293
6. Berichte über Entwicklungsschwierigkeiten: Erwartungen an den „Eulenspiegel“ .....	294
7. (Ziemlich) offene Briefe: Zeitungssatire (I) .....	297
8. Druck-Sachen .....	301
9. Veröffentlichte Eingaben an den Genossen Minister: Zeitungssatire (II) .....	305
10. „Wenn wir schon an der Longe sind, dann muß es straff bleiben“: Satire in der DDR .....	310

## INGA MARKOVITS

Der Handel mit der sozialistischen Gerechtigkeit. Zum Verhältnis zwischen Bürger und Gericht in der DDR.....	315
1. Warum Prozeßraten sinken.....	319
2. Prozessieren wird persönlicher und „wärmer“ .....	328
3. Anpassung wird zur Gewohnheit .....	333
4. Das Recht verliert an Bedeutung.....	343

## ANHANG

Abkürzungsverzeichnis .....	349
Literaturverzeichnis .....	353
Autorenverzeichnis .....	369
Abbildungsverzeichnis .....	371

## Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung

Von einer „Gesellschaft“ der DDR zu reden, ist auch zehn Jahre nach ihrem Ende noch immer alles andere als selbstverständlich. Als „Staat“ war und ist sie allemal leichter auszumachen: ein Ensemble von Institutionen, Ordnungen und Verfahren in Deutschland, dessen äußerer Bestand von einer Weltmacht garantiert wurde und das sich nicht zuletzt durch seine Entgegensetzung zur Bundesrepublik zu legitimieren suchte. Von einem totalitären Gestaltungswillen durchdrungen, der sich auf alle sozialen Beziehungen und Lebensbereiche auf seinem Territorium erstreckte, repräsentierte der „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ im Selbstbild wie in der Fremdwahrnehmung die historische Alternative zum bürgerlich-liberalen Rechtsstaat in Westdeutschland. Diese Eindeutigkeit seiner Konturen begleitete ihn bis in den Untergang, der vertraglich definiert und exekutiert werden konnte. Infolge der Privatisierung staatlichen Vermögens kann, wer will, auch den „Marktwert“ dieses Staates im nachhinein bestimmen.<sup>1</sup>

Weitaus schwerer fällt es, ein „Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse“ (Karl Marx), aus dem sich die „Bürger“ dieses Staates rekrutierten, zu bestimmen. Die relative Autonomie dieser „Verhältnisse“ gegenüber dem Staat schien nicht gegeben. Bildeten sie überhaupt einen mit Fug und Recht als „Gesellschaft“ zu bezeichnenden Zusammenhang? In den theoretischen Reflexionen über die DDR entwickelte sich diese Frage in den letzten Jahren zu einem beliebten Streitpunkt. Diesem subtilen Verfremdungseffekt sozialwissenschaftlicher Redeweisen läßt sich eine in der breiten Öffentlichkeit geführte Debatte über DDR-Identität und deren Wiederentdeckung durch die „Ostdeutschen“ an die Seite stellen. Auch sie fragen danach, was außer den Herrschaftsapparaten des SED-Staats „ihre“ DDR ausmachte. Getragen vom Verlangen, die eigene soziale Existenz jenseits der untergegangenen Diktatur auch historisch zu legitimieren, entsteht nun im Imaginären die „eigentliche“ DDR-Gesellschaft. Dabei stehen Vorstellungen von ostdeutscher „Kultur“ und

---

1 Siehe Volker Gransow/Konrad H. Jarausch (Hg.), Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt (=Bibliothek Wissenschaft und Politik, Bd. 47), Köln 1991; Wolfram Fischer u. a. (Hg.), Treuhandanstalt. Das Unmögliche wagen. Forschungsberichte, Berlin 1993. – Ich danke der Projektgruppe „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“ am Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam (Leonore Ansorg, Burghard Ciesla, Renate Hürtgen, Sylvia Klötzer, Dagmar Langenhan, Patrice G. Poutrus, Thomas Reichel), Arnd Bauerkämper, Eva Brücker, Hans Günter Hockerts, Konrad H. Jarausch, Christoph Kleßmann, Alf Lütke und Inga Markovits für Hinweise und ausführliche Diskussionen bei der Abfassung dieses Beitrags.

ostdeutschen „Biographien“ im Mittelpunkt. Dort wo sie sich in der Erinnerung der Vielen überlagern, kann die Medienwirtschaft profitabel einhaken, indem sie „ostalgieische“ Bedürfnisse nach den Schlagern, Filmen und Büchern, mit denen Ostdeutsche aufgewachsen sind, durch Wiederveröffentlichungen bedienen. Neben solchen kommerziellen Unternehmungen stehen die mühevollen, zumeist ehrenamtliche Kleinarbeit des Sammelns und Rekonstruierens von Sachzeugen der Alltagswelt,<sup>2</sup> das Festhalten von Erinnerungen und Alltagserfahrungen,<sup>3</sup> aber auch wissenschaftliche Diskussionen über die Eigenarten der ostdeutschen Kultur.<sup>4</sup>

Gemeinsam ist diesen Aktivitäten das Erinnern und Rekonstruieren jener Dimensionen gelebter Wirklichkeit, die nicht für den Staat DDR, sondern für die in seinem Herrschaftsbereich lebenden Individuen standen und stehen. Wohl wurde das weitverbreitete Verlangen nach ostdeutscher „Identität“ mitunter benutzt, um etwa in Wahlkämpfen kaltschnäuzig die „Biographie vor 1989“ zu beschönigen. Aber das sollte nicht zum bequemen Vorwand genommen werden, diesem Verlangen Legitimität abzustreiten. Wer den Neu-Bundesbürgern eine „Annahme“ ihrer spezifischen DDR-Vergangenheit mit all ihren Ambivalenzen und Fragwürdigkeiten verweigert, fordert de facto die Unterwerfung unter ein Geschichtsbild, dessen Gültigkeit als Folge des „Siegs“ des „anderen“ über das „eigene“ Modell erlebt wird – eine schwere Hypothek für die noch vor uns liegende Entwicklung einer Staatsbürger-Kultur des vereinten Deutschland.

Gerade deswegen ist es nicht nur wissenschaftlich reizvoll, sondern auch politisch geboten, das Leben der Vielen in der DDR zum Gegenstand historischer Forschung zu machen. Akademischer Disput um „Gesellschaft im Staatssozialismus“ oder die Beschwörung von DDR-Identität in weiten Teilen Ostdeutschlands – wie immer bei historischen Debatten geht es um Bilder und Bewertungen der Vergangenheit, die über das Verständnis der Gegenwart und die Gestaltung der Zukunft mitentscheiden. Gemessen an diesem Erfordernis ist in puncto DDR bisher zu ausschließlich von Schurken und fremden Mächten, die nun ein für allemal überwunden sind, und zu wenig von den sozialen Beziehungen und Handlungen der übrigen dort bzw. hier Lebenden geredet worden. In einem demokratischen und durch die Vereinigung mehr denn je pluralisierten Gemeinwesen muß es aber um das eigene Dazutun tendenziell aller historischen Akteure, um ihre *agency*, gehen. Nur dann kann die Auseinandersetzung auch mit dieser jüngsten der deutschen Vergangenheiten einen Gewinn an Verantwortungsbereitschaft und kommunikativer Kompetenz bringen. Ihre pauschale Abwertung als Machwerk totalitärer Unterdrücker verfehlt diesen Zweck: Sie entwertet mit wenigen Federstrichen die Lebenszeit, die unter den Bedingungen eben jener Abhängigkeiten und Inferioritätsstrukturen verbracht wurde, die die DDR als hochtrabendes Projekt überhaupt erst zum Debakel werden ließen, und schreibt damit auch deren Sinnlosigkeit

---

2 Siehe Gerd Kuhn, Andreas Ludwig (Hg.), *Alltag und soziales Gedächtnis. Die DDR-Objektkultur und ihre Musealisierung*, Hamburg 1997.

3 Siehe stellvertretend Christel Panzig/Klaus-Alexander Panzig (Hg.), *„Ciu, Ciu, Ciu, Coo, Schweinsohr'n gibt es im HO...“ Alltag im Wittenberg der vierziger u. fünfziger Jahre*, Wittenberg 1997.

4 Siehe vor allem die Beiträge von Dietrich Mühlberg, Harald Dehne und Horst Groschopp, in: *Kulturinitiative '89* (Hg.), *Ostdeutscher KulturTag 24. Mai 1997*, Berlin 1997, sowie das darin abgedruckte Tagungsprogramm. Auswärtige Beobachter verwenden darüber hinaus ethnologische Konzepte, um einen ethnischen oder nationalen Charakter der Ostdeutschen zu bestimmen, siehe Marc Alan Howard, *Die Ostdeutschen als ethnische Gruppe? Zum Verständnis der neuen Teilung im geeinten Deutschland*, in: *Berliner Debatte INITIAL*, H. 4/5, 1995, S. 119–131; Andreas Staab, *National Identity in Eastern Germany. Inner Unification or Continued Separation?*, Westport, CT, London 1998.

fest. Bemüht man sich ernsthaft um die kleinen und großen, in jedem Fall wichtigen Unterschiede zwischen totalitären Gestaltungsansprüchen und erlebter Vergangenheit, dann erweist sich das Zur-Geschichte-Machen der DDR als langwieriger, als es in der Sieger-der-Geschichte-Perspektive wünschenswert erscheinen mag. Darum liegt noch viel Detailarbeit vor uns, für Osis wie Wesis, für seinerzeitige Anhänger wie für Opponenten oder desinteressierte Zeitgenossen: die Arbeit der Selbstbefragung und Distanzierung, des Abschiednehmens von Illusionen und Ideologien, aber auch von Rechthaben-Wollen und wohlfeilem Revolutionspathos.

Die hier vorgestellten Studien stammen aus der Mitte dieses (Selbst-)Verständigungsprozesses und stellen in ihrer Mehrzahl zugleich Kerne von ausführlicheren Monographien dar, die noch in Arbeit sind. Ohne damit auch nur entfernt die ganze wünschenswerte Breite sozialhistorischer Themenfelder abzudecken, haben wir sie zu vier übergreifenden Blöcken zusammengefaßt, die zentrale Bereiche des DDR-Alltags umfassen: Betriebe – ländliche Gesellschaft – Versorgungspolitik – das Verhältnis Staat – Bürger. Daß bestimmten mittlerweile „klassischen“ Topoi der DDR-Geschichte – um nur die auffälligsten zu nennen: die Bedeutung der Kirchen und des Ministeriums für Staatssicherheit – keine eigenen Teile gewidmet sind, ist der Arbeitsteilung im Wissenschaftsbetrieb geschuldet, keineswegs einer Geringschätzung dieser Themen. Die Konzentration der in den Beiträgen enthaltenen Fallstudien auf den Raum Berlin-Brandenburg verdankt sich in erster Linie dem Standort des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam. Ob sich aus den Befunden zusätzlich Einsichten in dessen Regionalgeschichte gewinnen lassen, muß an dieser Stelle dahingestellt bleiben.

Das interdisziplinäre Forschungsprojekt „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“ geht von der mit dem Stichwort „Gesellschaft“ umrissenen Brisanz des Themas „DDR-Vergangenheit“ aus. Methodologisch und konzeptionell ist es der Sozialgeschichte zuzuordnen. Bei der Ausarbeitung eines gemeinsamen Erkenntniszieles wurde vor allem auf jene geschichts-, aber auch sozialwissenschaftlichen Ansätze, für die sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten im Deutschen die Sammelbezeichnung „Alltagsgeschichte“ eingebürgert hat, zurückgegriffen.<sup>5</sup> Die Einbindung des Projekts in die professionelle Wissenschaft und damit sein Adressatenkreis bedingt Forschungsmethoden und Darstellungsweisen, die mit dem gegenwärtigen populären Verlangen nach Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit zunächst im Widerspruch zu stehen scheinen. Abgesehen davon, daß man immer das eine tun kann, ohne das andere zu lassen,<sup>6</sup> entspricht dies dem paradoxen Umstand, daß gerade eine „Sozialgeschichte in der Erweiterung“ (Conze), die neben Strukturen auch Erfahrungen und Lebensweisen, neben der Makroebene auch die Mikroebene gleichrangig untersucht, komplexere Theorien und Methoden erfordert.

---

5 Vgl. Alf Lüdtke (Hg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt a. M. 1989.

6 Ein Teil der Projektergebnisse wurde zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Brandenburg in einer Veranstaltungsreihe „Forum Geschichte und Politik“ vorgestellt; eine Dokumentation der Reihe für die Jahre 1997/98 ist in Vorbereitung.

## 1. Die sogenannte DDR-Gesellschaft – Grundzüge einer Debatte<sup>7</sup>

Die Frage nach der Existenz einer „Gesellschaft“ in der DDR hat die Soziologin Sigrig Meuschel in einer einflußreichen Studie zum Verhältnis von „Legitimation und Partei-herrschaft“ in die Diskussion eingeführt. Sie faßte das sich wandelnde Verhältnis zwischen Partei-Diktatur und Gesellschaft im DDR-Staatssozialismus folgendermaßen zusammen: „Es fand ein machtpolitisch durchgesetzter sozialer Entdifferenzierungsprozeß statt, der die ökonomischen, wissenschaftlichen, rechtlichen oder kulturellen Subsysteme ihrer Eigenständigkeit beraubte, ihre spezifischen Rationalitätskriterien außer Kraft setzte oder politisch-ideologisch überlagerte. Nicht der Staat starb ab im Verlauf der jahrzehntelangen Herrschaft der Partei, es handelte sich vielmehr um einen Prozeß des Absterbens der Gesellschaft.“<sup>8</sup>

Dieses Fazit gründet sich auf eine herrschaftstheoretische Untersuchung der SED-Ideologie anhand ihrer in Programmen und Parteitagebeschlüssen, vor allem aber auch in theoretischen Studien veröffentlichten Aussagen. Sie folgt deren verschlungenen Wandlungen und Widersprüchen gewissermaßen von innen her und erklärt, wieso eine Partei, die unentwegt von „Gesellschaft“ als Objekt und Ziel ihrer Herrschaft redete, dank ihrer Fixierung auf die Staatsmacht programmatisch und theoretisch kaum über die Auflösung der vorgefundenen bürgerlichen Gesellschaft und die „Stillegung“ gesellschaftlicher Autonomie hinauskam. Nähme man diesen ideologiekritischen Befund für die historische Wirklichkeit selbst, so blieben nur noch die SED und der Staat als historische Akteure erhalten. In direkter Anknüpfung an die „klassische“ Totalitarismustheorie, also ohne diesen Umweg über die Ideologiekritik zu nehmen, hat Klaus Schroeder in seiner Überblicksdarstellung zur DDR-Geschichte eine solche Ineinsetzung von Soll und Ist totalitärer Herrschaft äußerst konsequent ausgearbeitet. Gleich, ob es um Wirtschaft, Gesellschaft, Recht oder Alltag geht, immer ist nur „der SED-Staat“ – so der Titel des Buches – am Werk. Das, was sie – die Partei – wortreich beschließt, verwirklicht er – der Staat –, und dies ohne Abstriche, so will es scheinen. Die Gesamtheit der DDR-Geschichte wird auf die Wirkung einer einzigen politisch-geistigen Triebkraft, nämlich des Willens der Partei, reduziert.<sup>9</sup>

---

7 Es können hier nicht alle Positionen der Debatte um „Gesellschaft im Staatssozialismus“ nachgezeichnet werden. Neben den in diesem Beitrag angeführten Veröffentlichungen von Kocka, Jarausch, Jessen, Meuschel und Pollack sei auf den Sammelband Hartmut Kaelble u. a. (Hg.), *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994, hingewiesen.

8 Sigrig Meuschel, *Legitimation und Partei-herrschaft in der DDR* (Edition Suhrkamp, Neue Folge 688), Frankfurt a. M. 1992, S. 10.

9 Siehe Klaus Schroeder (u. Mitarbeit v. Steffen Alisch), *Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990*, München 1998; siehe auch die ausführliche Besprechung von Patrice G. Poutrus, in: *H-Soz-u-Kult*, H-Net Reviews, Oktober 1998. URL: <http://www.h-net.msu.edu/reviews/showrev.cgi?path=27963907871499>. – Es geht übrigens auch umgekehrt: In der Einleitung zur ansonsten äußerst lesenswerten Edition von „Briefen an das DDR-Fernsehen“ vermeiden Ina Merkel und Felix Mühlberg konsequent den Ausdruck „SED“; nur ganz gelegentlich ist ohne Zusatz von „der Partei“, „dem Politbüro“ oder „dem Zentralkomitee“ die Rede – eine Ent-Nennung konkreter Herrschafts- und Machtinteressen, die unter der Hand deren fraglose Selbstverständlichkeit rhetorisch reproduziert und genau darin mit der SED-Staat-Darstellung Schroeders übereinstimmt; siehe Ina Merkel/Felix Mühlberg, *Eingaben und Öffentlichkeit*, in: Ina Merkel (Hg.), „Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation“. Briefe an das DDR-Fernsehen (alltag & kultur, Bd. 4), Köln u. a. 1998, S. 9–32.

Gemessen an dieser eindimensionalen Darstellungsweise von Geschichte hat die von der jüngeren kritischen Soziologie kommunistischer Staaten inspirierte Studie von Meuschel den unschätzbaren Vorteil, Entwicklung und Eigenlogik von gesellschaftlichen Teilsystemen wie „Ökonomie“, „Kultur“ und „Recht“ ins Zentrum der Darstellung zu rücken. Ihre nur begrenzte Formbarkeit setzte den utopischen Umgestaltungsplänen der SED immer wieder neue Grenzen. Doch auch diese Studie beschränkt sich auf das Handeln von Parteiführern, Ideologen und Intellektuellen. Sie rekonstruiert die immanenten Faktoren ihres Scheiterns und leitet die absterbende bzw. stillgelegte Gesellschaft als logischen Endpunkt staatssozialistischer Herrschaftsideologie ab. Wie konkrete Strukturen und Prozesse jenseits dieser Legitimation von Herrschaft zu erfassen wären, darüber schweigt auch sie.

Um beim Schreiben von DDR-Geschichte über die Innensicht der SED-Herrschaft hinauszukommen, ist eine Dezentrierung der Betrachtungsweise erforderlich. „Entdifferenzierung“ gesellschaftlicher Teilbereiche und der als „Stilllegung“ bezeichnete Verlust gesellschaftlicher Autonomie sind zunächst als Hypothesen auf der Aggregatenebene zu nehmen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Zu fragen ist nach den Komponenten und Faktoren, aus denen sich dieses Aggregat zusammensetzt, aber auch nach jenen, die in ihm *nicht* aufgehoben sind. Der Sozialhistoriker Ralph Jessen hat in seiner kritischen Auseinandersetzung mit Meuschels Thesen vor allem zwei Vorgehensweisen vorgeschlagen, um der drohenden Verflüchtigung des Erkenntnisobjekts „DDR-Gesellschaft“ entgegenzuarbeiten: Die verstärkte Beachtung informeller Beziehungen und Handlungsweisen, denen eine in erster Linie an der hochformalisierten und ritualisierten Herrschaftsausübung der SED orientierte Betrachtung nicht gerecht wird, und daraus notwendigerweise folgend den Wechsel der Betrachtungsebene durch die Erforschung von Mikrostrukturen sozialer Beziehungen, da nur so das Ineinander von formeller Herrschaftsstruktur und informeller Beziehungsarbeit entschlüsselt werden kann.<sup>10</sup>

Die Desaggregation der Zentralperspektive führt in die kleinen Welten der Betriebe, Landgemeinden und Dienststellen, zum individuellen wie kollektiven Alltag von Arbeit, Einkaufen, Wohnen und Kinderaufziehen, und vor allem zu individuellen Biographien. Sie stehen für die übergroße Mehrzahl derjenigen, denen es in ihrem Leben weniger um das „große Ganze“ des Sozialismus, und mehr um die eigenen Interessen und Bedürfnisse ging. Zumindest dies unterscheidet sie von den meisten jener hauptamtlichen Funktionäre, Ideologen und Intellektuellen, die nach wie vor die meisten Darstellungen zur DDR-Geschichte bevölkern. Damit gründet der hier vorgestellte gesellschaftsgeschichtliche Zugang nicht nur im Verlangen einer Fachdisziplin, sich der schieren Existenz des von ihr bevorzugten Erkenntnisobjektes auf einem neuen Forschungsfeld zu versichern. Dieses Eigeninteresse der Sozialgeschichte steht bei Jessen im Vordergrund, wenn er die hypothetische *Setzung* der „relativen Autonomie der sozialen Dimension“ auch im Fall der DDR an den Anfang seiner Kritik stellt. Er nimmt die Befunde „Entdifferenzierung“ und „stillgelegte Gesellschaft“ als Herausforderungen an die Kreativität der eigenen Disziplin an und lotet dann Strategien der empirischen Überprüfung einer dagegen gesetzten Hypothese aus, ein in der Wissenschaft durchaus gebräuchliches und legitimes Verfahren.<sup>11</sup>

Eine gesellschaftsgeschichtliche Perspektive auf die DDR betrifft aber über diesen fachwissenschaftlichen Aspekt hinaus die politisch-moralischen und sinngebenden Dimensionen

---

10 Ralph Jessen, Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), H. 1, S. 96–110.

11 Ebd., S. 98.

der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Die Perspektive „von unten“ ausdrücklich einbeziehende Forschungsgegenstände ermöglichen weitergehende Fragen: Wie eigneten sich die in der DDR lebenden Menschen die von der SED oktroyierten Herrschaftsverhältnisse an? Wie deuteten sie sie? Wie konnten sie sich ihnen gegenüber verhalten? Nicht die Geschichte „der“ DDR, sondern der in der DDR lebenden Menschen soll in den Mittelpunkt gerückt werden. Diese Betrachtungsweise fragt nach dem *Sinn*, den das Leben in der DDR hatte, den Menschen ihm jeweils beimaßen und zu geben suchten.

Betrachtungsebenen und Erkenntnisobjekte entlang derartiger Prämissen zu wählen, kann sich durchaus auf Paradigmen und Standards berufen, die in der Sozialgeschichte in den letzten Jahren heimisch geworden sind. Eine Aussage über die Bedeutung eines historischen Ereignisses muß mittlerweile auch Fragen nach seiner Gültigkeit auf der Mikro-Ebene einzelner Individuen *und* auf der Makro-Ebene des Staates oder der Gesellschaft beantworten, um Plausibilität beanspruchen zu können. Das unfruchtbare Entweder-Oder, mit dem die zunächst weitgehend an Aussagen über die Makro-Ebene interessierte Sozialgeschichte der siebziger Jahre auf mikrohistorische Ansätze der Alltagsgeschichte reagierte, hat längst der Einsicht in die Unabdingbarkeit einer Vielzahl, je nach konkretem Gegenstand zu wählenden und zu *kombinierenden* Betrachtungsebenen Platz gemacht.<sup>12</sup> Der historische „Fall“ der DDR fordert zu einer derartigen Perspektivenvielfalt regelrecht heraus.<sup>13</sup> Dabei geht es nicht nur um die eigentümlichen Erkenntnischancen der „jeux d'échelles“, wie der französische Sozialhistoriker Jacques Revel kürzlich diesen systematischen Wechsel der „Maßstäbe“ zwischen „Mikro“ und „Makro“ genannt hat.<sup>14</sup> Vielmehr befindet sich das Unternehmen, die DDR als historischen Gegenstand in seiner ganzen Komplexität zu entwickeln, noch immer in seinen Anfängen. Es gilt, ihre Geschichtsschreibung um diejenigen Perspektiven und Paradigmen, die ihrer Genese und ihrer Situierung im modernen 20. Jahrhundert gerecht werden, zu erweitern.

Alf Lüdtkke hat zu Recht auf die erstaunliche Vielzahl der Vorschläge, wie die DDR zu analysieren und begrifflich zu fassen sei, hingewiesen: Sie kann als „Unterschichtengesellschaft“, als „Arbeitsgesellschaft“, nicht nur als „totalitäre“, sondern auch als „Erziehungs“- oder „Fürsorgediktatur“ betrachtet werden, sie brachte ihren eigenen „Stil“ im Umgang mit Zeit und Privatheit, im Zusammenleben der Geschlechter und Generationen hervor, der DDR-Alltag war im hohen Maße von der Wahrnehmung durch den Westen und des Westens, zugleich aber zunehmend von sich unpolitisch gebendem Lokalismus bestimmt ... – die „DDR als Geschichte“<sup>15</sup> ist ein Gegenstand, zu dessen Erforschung eine breite Palette von Betrachtungsweisen und Methoden aufgeboten werden kann und muß. Bei dieser Gelegenheit sei auch der immer wieder anzutreffenden Exotisierung der DDR als vermeintlichem Rückfall in die Vor-Moderne entgegengetreten. Unabhängig davon, wie

- 
- 12 Siehe z. B. die Beiträge in Winfried Schulze (Hg.), Sozialgeschichte, Alltagsgeschichte, Mikrohistorie. Eine Diskussion, Göttingen 1994.
- 13 Siehe dazu ausführlicher Thomas Lindenberger, Alltagsgeschichte und ihr möglicher Beitrag zu einer Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 298–325, hier S. 311f.
- 14 Jaques Revel (Hg.), Jeux d'échelles. La micro-analyse à l'expérience, Paris 1996. – Zu Affinität und Dialog zwischen neueren sozialhistorischen Paradigmen in Frankreich und Deutschland siehe auch die Beiträge eines anlässlich des Erscheinens einer DDR-Sondernummer der Zeitschrift Annales HSS im Centre Marc Bloch (Berlin) im Mai 1998 durchgeführten Workshops.
- 15 Alf Lüdtkke, Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung über die DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B36/1998, S. 3–16.

„modern“ oder „altmodisch“ ihr Bild vor allem durch den Vergleich mit der wandlungsfreudigeren BRD ausfällt, und auch unabhängig davon, ob sich Diktatur und Moderne kategorisch ausschließen oder nicht: Es wird sich lohnen, „Theorien mittlerer Reichweite“, wie sie die Geschichtswissenschaft bereits erfolgreich auf die Entstehung und Entwicklung der modernen Industriegesellschaft angewandt hat, auch bei der Erforschung der DDR-Vergangenheit heranzuziehen. Klassenbildung, Geschlechtergeschichte, Geschichte sozialer Gruppen und Bewegungen, Unternehmensgeschichte, Generationengeschichte, Urbanisierungsgeschichte, Bildungsgeschichte, Kulturgeschichte, Bevölkerungsgeschichte, etc.<sup>16</sup> – die Einbeziehung dieser Untersuchungsgegenstände rechtfertigt sich nicht nur aus den zahlreichen Kontinuitäten, die die DDR mit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts verbanden, sie ist vielmehr im Interesse einer Überwindung des politikzentrierten Systemvergleichs dringend geboten: Die DDR war mehr, bedeutend mehr, als sich in der bloßen Politikgeschichte einer totalitären Diktatur unterbringen läßt.

### „Durchherrschaft“ und die „Grenzen der Diktatur“

Unumstritten ist dennoch *politische Herrschaft* Ausgangspunkt auch einer Gesellschaftsgeschichte der DDR. Seit den ersten Versuchen, das Verhältnis zwischen SED-Diktatur und Gesellschaft aus sozialhistorischer Perspektive zu fassen, erfreut sich die Rede von der „Durchherrschaft“ der DDR-Gesellschaft und den „Grenzen der Diktatur“ einer gewissen Beliebtheit.<sup>17</sup> Beide Redeweisen haben sich als Orientierungs- und Verständigungshilfen bewährt. Zugleich schwingen in ihnen widersprüchliche Bedeutungen mit, die zu unbeabsichtigten Nebenwirkungen führen können. So argwöhnte beispielsweise Ilko-Sascha Kowalczuk als Sachverständiger in der Enquêtekommision des Deutschen Bundestags zur „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur...“, das schwungvolle Plädoyer seines Kollegen Bernd Faulenbach für eine sozialhistorische Betrachtungsweise der DDR in Frage stellend: Ist der „Begriff der durchherrschten Gesellschaft [...] nicht eigentlich nur ein Alternativbegriff, mit dem man letztendlich auch eine totalitäre Gesellschaft beschreiben müßte? Ist es nicht ein wissenschaftlich-taktisches Vorgehen?“<sup>18</sup> Handelt es sich, so ließe sich Kowalczuks Einwand zuspitzen, bei „Durchherrschaft der Gesellschaft“ nur um einen mühsam kaschierten Ersatz für die aus politischen Gründen gemiedene Rede von der „totalitären Herrschaft“? In der Tat legt der vielzitierte Aufsatztitel „Eine durchherrschte Gesellschaft“<sup>19</sup> die Lesart nahe, die DDR-Gesellschaft sei vollständig, von oben bis unten gewissermaßen, vom Politbüro „durchherrscht“ gewesen, „als habe Herrschaft die Gesellschaft durchdrungen wie ein Sauerteig den gesamten Brotteig“<sup>20</sup> – eine Vorstellung, die im Attribut „totalitär“ bereits seit langem enthalten ist. Nun lassen sich bei näherem Hinsehen durchaus auch andere Beweggründe für die „Erfindung“ dieses Begriffs entdecken, so unter

16 Vgl. Jürgen Kocka, Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme, Göttingen, 2. Aufl. 1986.

17 Siehe die Beiträge von Jürgen Kocka und Alf Lüdtke in Kaelble u. a. (Hg.), Sozialgeschichte, sowie mehrere Autoren in Bessel/Jessen (Hg.), Die Grenzen.

18 Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Protokoll der 32. Sitzung der Enquête-Kommision „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ von Sonntag, dem 27. 4. 1997, 19.30 Uhr bis Dienstag, dem 29. 4. 1997, 15.00 in Eisenhüttenstadt, S. 47.

19 Jürgen Kocka, Eine durchherrschte Gesellschaft, in: Kaelble u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 547–553.

20 Alf Lüdtke, Die DDR, S. 12.

anderem die Beobachtung, daß auch die formal „politikfernen“ Lebensbereiche im Fall der DDR nie ohne den unmittelbar auf sie bezogenen Herrschaftsanspruch der SED zu denken sind – im Kontrast zu anderen Gesellschaften jedenfalls. „Alltage in der DDR“, so erläuterte unlängst Alf Lüdtke diese von ihm in die Welt gesetzte Wortwahl, „zeigten sich *relativ* stärker auf Herrschaft bezogen“ als in westlichen Industriegesellschaften. Dabei sei für die DDR „nicht der Erfolg der Herrschaftsstrategien auffällig, sondern das Ausmaß, in dem auf sie Bezug genommen wurde.“<sup>21</sup> Entgegen dieser intendierten Bedeutung postuliert die oftmals anzutreffende summarische Redeweise von „der durchherrschten Gesellschaft“ den vollständigen Erfolg dieser Herrschaftsstrategien und suggeriert einen empirisch gesicherten Begriff des Verhältnisses von Herrschaft und Gesellschaft.

Auch die zur Bestimmung dieses Verhältnisses entwickelte Redeweise von den „Grenzen der Diktatur“ hat ihre Tücken: Gegen die totalitarismustheoretische Vorgabe der faktisch grenzenlosen Diktatur gerichtet, läßt sie zu einer verdinglichten Vorstellung von Diktatur als einem fest umrissenen Territorium, in dem nur der eine Wille einer Partei gilt, abgegrenzt von einem diktaturfreien Territorium, ein. Zwar begründen die Herausgeber den Titel des gleichnamigen Sammelbandes weniger unter Hinweis auf die äußerlich und historisch gegebenen Grenzen des Handlungsspielraumes der SED-Diktatur als mit den intrinsischen und sich immer wieder erneuernden Begrenzungen, die aus der maßlosen Selbstüberforderung und Hybris eines Allmachtsanspruchs hervorgingen.<sup>22</sup> Doch gerade die Abhängigkeit der krakenhaft die gesamte Gesellschaft erfassenden Kontroll- und Steuerungsmechanismen von informellen Beziehungen, die deren fortwährende Fehlfunktionen kompensierten, kann auch andersherum gelesen werden: Nicht nur als Beleg für die Grenzen der diktatorischen Steuerung, sondern auch als deren Bindungsmacht noch im Scheitern, als Indiz für die grenzenlose Wirkung einer Diktatur, die die sozialen Ressourcen an Gegenseitigkeit und Nähe, das Beziehungskapital der Gesellschaftsmitglieder gewissermaßen, bis zum äußersten auf ihre potentielle Allgegenwart fixierte.

„Durchherrschung“ und „Grenzen der Diktatur“: Als Kurzformeln verwandt lenken beide Begriffe den Blick in erster Linie auf die Intentionen und Handlungen der Diktatur. Totalitäre Herrschaftsansprüche „auf dem Papier“, deren immer nur partielle Realisierung „in der Wirklichkeit“ – dieser Abgleich von Soll und Ist liegt beiden Betrachtungsweisen zugrunde. Gegenüber der umstandslosen Gleichsetzung von Intention und Realisierung, wie er in sich totalitarismustheoretisch gebenden Darstellungen vorherrscht, ist diese Vorgehensweise differenzierter, im Ergebnis offener und daher auch produktiver. Problematisch bleibt aber die implizite Konzentration auf die Diktatur als die Hauptprotagonistin: Sie und ihr Aufstieg und Fall, ihr an ihren eigenen Maßstäben gemessenes Gelingen oder Scheitern, schiebt sich aufs Neue in den Vordergrund. Eine gesellschaftsgeschichtliche Forschungsstrategie muß darauf ausgerichtet sein, diese Logik des Blicks auf die Herrschaft und vor allem aus der Perspektive der Herrschaft zu unterlaufen, ohne auf die Analyse von Herrschaftspraxis zu verzichten.

---

21 Ebd.; „durchherrscht“ wurde erstmals formuliert in ders., „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, S. 188–213, hier S. 188.

22 Richard Bessel/Ralph Jessen, Einleitung: Die Grenzen der Diktatur, in: dies. (Hg.), Die Grenzen, S. 7–24, hier S. 13–15.

## 2. „Herrschaft und Eigen-Sinn“ – der konzeptionelle Rahmen

Mit dem Begriffspaar „Herrschaft und Eigen-Sinn“ wird hier ein begrifflicher Rahmen vorgestellt, der an den skizzierten Reflexionsstand anknüpft und unterschiedlichen empirischen Einzeluntersuchungen als gemeinsames theoretisches Vorverständnis dient. Es handelt sich daher bei den folgenden Darlegungen keineswegs um den Versuch, eine „Formel“ zu präsentieren, nach der Gesellschaftsgeschichte der DDR zu betreiben sei, sondern um die Beschreibung des konzeptionellen Umfeldes der hier veröffentlichten Arbeiten. Seine Darstellung soll zunächst dem Verständnis für den Zusammenhang der hier veröffentlichten Teilergebnisse nützen, mag zugleich aber auch als Vorschlag für weitere Diskussionen und Forschungen gelesen werden.

Vorweg sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß dem Begriffspaar „Herrschaft und Eigen-Sinn“ im Projekttitel die nähere Bestimmung „in der Diktatur“ keineswegs nur der Konvention halber hinzugefügt wurde. Ein solches Konzept ist nicht an ein bestimmtes politisches System oder einen bestimmten Gesellschaftstypus gebunden. Wo von „Herrschaft“ die Rede ist, muß nicht notwendigerweise von „Diktatur“ gesprochen werden. „Diktatur“ bezeichnet hier in direkter Entgegensetzung zum demokratischen Rechtsstaat westeuropäischer Prägung die politische und rechtliche Verfaßtheit eines Staatswesens, sowohl in seinen inneren Verhältnissen wie auch gegenüber seinen Bürgern: die mangelhafte Garantie von universellen Grundrechten, die Abwesenheit von ergebnisoffenen, auf gleichberechtigter Teilnahme beruhenden Prozeduren der Entscheidungsfindung, die fehlende Herrschaft des Rechts. In diesem Sinne war die DDR eine Diktatur. Der historische Gehalt eines konkreten Gemeinwesens geht jedoch über den seiner politischen und rechtlichen Verfassung hinaus. Beileibe nicht alles und jedes ist in Demokratien demokratisch geregelt, aber auch: nicht alles in der DDR war Diktatur.<sup>23</sup>

### *Herrschaft als soziale Praxis*

Um „Herrschaft“ nicht auf ein institutionelles und tendenziell statisches Verständnis einzugrenzen, ist es sinnvoll und gerade in sozial- bzw. kulturhistorischen Untersuchungen mittlerweile auch durchaus verbreitet, sie von ihrem Prozeß- und Interaktionscharakter her

---

23 Die vieldiskutierte Frage, ob die DDR eine „moderne Diktatur“ war – so Jürgen Kocka, Ein deutscher Sonderweg. Überlegungen zur Sozialgeschichte der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B40/1994, S. 34–45, hier S. 43 – soll hier ausgeklammert bleiben. „Modernität“ bzw. „Modernisierung“ sind – den langjährigen Bemühungen der Sozialgeschichte zum Trotz (vom „postmodernen“ Gestus einiger selbsternannter Kulturhistoriker ganz zu schweigen) – eher Explanandum denn Explanans der Geschichtsschreibung geblieben. Auf den vorliegenden Fall bezogen: Es ist leichter zu beschreiben, ob, wann und warum sich die DDR als „modern“ verstand und erlebte oder auch nicht bzw. nicht mehr, und wie wichtig dieses im übrigen durchaus prekäre Bewußtsein von „Modernität“ für sie war, als festzustellen, ob sie es „tatsächlich“ war. Sinnvoller, wenn auch theoretisch bescheidener, erscheint es hingegen, die DDR universalhistorisch der europäischen Moderne zuzuordnen: Sie ist, angefangen bei ihren Wurzeln in der Arbeiterbewegung über ihre bürokratische und polizeiliche Ordnung bis hin zu den utopischen Wirtschaftslenkungs- und Versorgungsmodellen, ein Kind der Moderne, deren Widersprüche und Pathologien eingeschlossen. Die DDR, keine moderne Diktatur, aber eine Diktatur in der Moderne? – durchaus.

zu fassen: „Herrschaft als soziale Praxis“.<sup>24</sup> Ausgangspunkt dieses Begriffs ist das auf Max Weber zurückgehende Verständnis von Herrschaft als einem asymmetrischen Machtverhältnis, das institutionell gefaßt, durch Zwangsmittel gesichert und zumindest in modernen Gesellschaften ideologisch legitimiert ist. Dieses Verständnis liegt auch den Untersuchungen dieses Projektes zugrunde.<sup>25</sup> Um den Gehalt des SED-Herrschaftsanspruchs und seine institutionelle Ausgestaltung in den verschiedenen historischen Konstellationen zu verstehen, ist daher zunächst der utopischen Qualität des SED-Sozialismus als Projekt zur Errichtung einer neuen, gerechteren Gesellschaft Rechnung zu tragen. Die Parteidiktatur muß als ein Versuch, vor allem mit Hilfe staatlich-repressiver Machtentfaltung die gesellschaftlichen Beziehungen bis in ihre feinsten Verästelungen hinein grundlegend umzugestalten, ernstgenommen werden.

Zugleich ist in „Herrschaft als sozialer Praxis“ eine über den Weberschen Herrschaftsbegriff hinausgehende Betrachtungsweise enthalten, die die wechselseitige Abhängigkeit der Herrschenden und Beherrschten betont, und so der Tatsache, daß Herrschaft immer auch Interaktion ist und dauerhaft nur als solche existieren kann, Rechnung trägt. Die konkrete Ausübung von Herrschaft folgt demnach nicht ohne weiteres den durch ihre formalen Strukturen vorgegebenen Wegen. Sie ist zugleich von in sie eingelagerten informellen Strukturen und Handlungsweisen geprägt, die nicht auf die Logik des Befehlens und Gehorchens reduziert werden können. Als soziale Praxis betrachtet, handelt es sich immer zugleich auch um Prozesse des Gebens und Nehmens und der Kompromisse, die Verschiedenartiges einschließen: Kompensationen für Unterwerfung, „Resistenz“ (Broszat u. a.) oder „loyale Widerwilligkeit“ (Mallmann/Paul) seitens der Schwächeren, aber auch „Fürsorge“ (Jaraus), Anleitung, „Überwachen und Strafen“ (Foucault) seitens der Stärkeren sowie nicht zuletzt beiden Seiten *gemeinsame* Interessen und Wertvorstellungen vor allem gegenüber Außenstehenden.<sup>26</sup> Dabei sind alle Beteiligten in der einen oder anderen Weise mit Macht ausgestattet, und wenn es „nur“ die von Zustimmung und Gehorchen oder von Schweigen, Sich-Verweigern oder Widersprechen ist. Diese Handlungsweisen erfordern die Beteiligung der Herrschaftsunterworfenen als Subjekte, sie gehen nicht „von selbst“ aus ihrer bloßen „Passivität“ und ihrem Objektstatus hervor. Genau darin gründet die Wechselseitigkeit der Abhängigkeit auch in einem durch die dauerhaft ungleiche Verteilung von Zwangsmitteln konstituierten Herrschaftsverhältnis. „Macht“ wird hier in Anlehnung an die von Michel Foucault begründete Denktradition<sup>27</sup> als ein soziales Kräftefeld begriffen, an

- 
- 24 Vgl. Alf Lüdtke, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63.
- 25 Siehe auch das Kapitel über Max Weber in der Überblicksdarstellung von Peter Imbusch (Hg.), Macht und Herrschaft. Sozialwissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, Opladen 1998.
- 26 Siehe Martin Broszat, Alltag und Widerstand. Bayern im Nationalsozialismus, München 1987; Klaus-Michael Mallmann/Gerhard Paul, Resistenz oder loyale Widerwilligkeit? Anmerkungen zu einem umstrittenen Begriff, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 41 (1993), S. 99–116; Konrad H. Jaraus, Realer Sozialismus als Fürsorgediktatur. Zur begrifflichen Einordnung der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B20/1998, S. 33–46; Michel Foucault, Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses, Frankfurt a. M. 1994.
- 27 Siehe ders., Sexualität und Wahrheit, Frankfurt a. M. 1991, Kap. IV.2; zum über das Webersche Paradigma hinausweisende Verständnis von Macht und Herrschaft bei Foucault siehe Ulrich Brieler, Foucaults Geschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), S. 248–282, hier S. 271, ein äußerst lesenswerter Beitrag zu Tragweite und Potential des Foucault'schen Oeuvre für eine kritische Gesellschaftsgeschichte.

dem alle, auch die Herrschaftsunterworfenen, nicht nur als Objekte, sondern auch als Akteure teilhaben, und das in allen Funktionsbereichen und -ebenen wirksam ist: In der Familie ebenso wie im Betrieb, in der Direktionsetage ebenso wie im Großraumbüro, im Vier-Augen-Gespräch ebenso wie in einer Menschenmenge. Diese von der Diffusion von Macht und Machtbeziehungen ausgehende Betrachtungsweise ist also dem Gebrauch des Wortes „Macht“ im Singular – „die“ (eine konkrete) „Macht“ im Staate, „die Macht haben“, „an der Macht sein“ – diametral entgegengesetzt. Vom Standpunkt der hier bevorzugten Begriffsverwendung reproduziert dieses dem alltäglichen Sprachgebrauch entnommene, aber auch in der Geschichtsschreibung durchaus verbreitete Singularverständnis von „Macht“ unkritisch eben jene ideologische Redeweise, die das Machtmonopol (der Partei, der Arbeiterklasse, des Staates) behaupten und legitimieren soll.

Auf die Erforschung der SBZ/DDR bezogen, bedeutet dieses Verständnis von „Herrschaft als sozialer Praxis“: Zu untersuchen sind nicht nur jene unangreifbaren Kontroll- und Repressionsmechanismen, die die „Diktatur des Proletariats“ so sinnfällig vom liberalen Rechtsstaat unterscheiden, sondern auch die Vielfalt informeller und indirekter Formen der Herrschaft, ihre unterschiedliche Ausgestaltung an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten. Dabei legt dieses Konzept es nahe, sich auf jene Institutionen der SED-Diktatur zu konzentrieren, von denen ausgehend die alltäglichen Beziehungen der Apparate und Funktionäre mit der Bevölkerung zu rekonstruieren sind: die Brigade, die LPG, die Gemeinde, das Wohngebiet. Um das Verhalten der Menschen in der DDR in seiner Vielschichtigkeit und seinen Ambivalenzen zu verstehen, versuchen die hier vorgestellten Untersuchungen diese unterste Ebene diktatorischer Herrschaft zu rekonstruieren.

### „Eigen-Sinn“

Der Begriff des „Eigen-Sinns“ zielt auf den deutenden und sinnproduzierenden Aspekt individuellen wie kollektiven Handelns in sozialen Beziehungen.<sup>28</sup> Er soll die potentielle Mehrdeutigkeit von Haltungen und Handlungen erschließen und ist gewissermaßen im Plural zu denken; genaugenommen geht es hier um die „Eigen-Sinne“ der in der DDR lebenden Menschen. Das Spektrum der als „eigen-sinnig“ zu charakterisierenden Verhaltensweisen und Motive ist daher breit angelegt. Es reicht vom Übereifer der glühenden Idealisten und der egoistischen Nutzung der Möglichkeiten einer aktiven Mitarbeit über äußerlich loyales, aber innerlich distanzierendes Verhalten bis hin zu passiven Formen der Verweigerung, zu offener Dissidenz und Gegenwehr. Diese Haltungen und Motive lassen auch die herrschaftsunterworfenen Akteure als Machtsubjekte hervortreten; sie können daher nicht losgelöst von Herrschaft betrachtet werden.

Anders als bei einem Begriff wie „Widerstand“ oder „Opposition“ ist das Kriterium für die Verwendung des Begriffs „Eigen-Sinn“ *nicht* der explizit negative Bezug auf das jeweilige Herrschaftsverhältnis. Von „Widerstand“ zu sprechen macht historisch nur dann Sinn, wenn zielstrebiges Handeln gegen eine Herrschaftsposition gerichtet ist. Dennoch bringt es

---

28 Siehe Alf Lüdtke, *Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitserfahrungen und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus*, Hamburg 1993, und ders., *Eigensinn*, in: Berliner Geschichtswerkstatt (Hg.), *Alltagskultur, Subjektivität und Geschichte. Zur Theorie und Praxis von Alltagsgeschichte*, Münster 1994, S. 139–153.

wenig – und das haben gerade die Forschungen zu Mentalitäten und alltäglichen Verhaltensweisen unter der Nazi-Diktatur gezeigt – den großen „Rest“ umstandslos unter „Anpassung“, „Zustimmung“ oder verführte Unschuld zu subsumieren. Interessiert man sich für die relative Stabilität und Dauerhaftigkeit gerade diktatorischer Herrschaft, empfiehlt es sich, in diesem Bereich differenzierter vorzugehen. Vor die nur in wenigen Fällen, für wenige zugespitzte Situationen und für eine zahlenmäßige Minderheit dauerhaft bedeutsame und eindeutig zu beantwortende Frage, ob Individuen aktiv und unmittelbar zur Aufrechterhaltung *oder* Überwindung diktatorischer Herrschaft beitragen, schiebt sich die nach der *Aneignung und Deutung von Herrschaftsstrukturen* durch die Mehrheit der Individuen im Alltag.

Hier setzt der Begriff des „Eigen-Sinns“ an. Er ist notwendig, um folgender Unterscheidung gerecht zu werden: Der herrschaftlich intendierte und meist ideologisch definierte Sinn von Ordnungen, erzwungenen Verhaltensweisen und Verboten ist eine Sache. Die je eigene Bedeutung, die Individuen in ihre Beteiligungen an diesen Ordnungen und Handlungen hineinlegen, ist eine andere. Auch bei äußerlicher Übereinstimmung sind sie nicht identisch. Diese Nicht-Identität kann sehr unterschiedliche Formen und Konsequenzen haben: „Eigen-Sinn“ *kann* in Widerstand gegen Vereinnahmungen und Aktivierungsversuche „von oben“ in den alltäglichen Beziehungen wie auch in der großen Politik münden, ist jedoch auch in der gezielten Nutzung und damit Reproduktion herrschaftskonformer Handlungsweisen zu beobachten, indem diese für „eigen-sinnige“ Individuen einen anderen – und sei es nur zusätzlichen – „Sinn“ beinhalten als den der offiziellen Ideologie.

Das Begriffspaar „Herrschaft und Eigen-Sinn“ dient so vor allem der *analytischen* Unterscheidung zweier grundverschiedener Aspekte einer sozialen Beziehung, nicht der Klassifizierung und Identifizierung von realen, fein säuberlich voneinander zu trennenden Erkenntnisobjekten. Es geht nicht um eine simplifizierende Gegenüberstellung von „der“ SED-Herrschaft und „dem“ Eigen-Sinn, etwa in dem Sinne, daß bei „viel“ Herrschaft „wenig“ Eigen-Sinn anzutreffen sei und umgekehrt. In der hier vorgeschlagenen Verwendungsweise darf der Begriff des Eigen-Sinns eben nicht als das handgreifliche Gegenstück zum SED-Herrschaftsanspruch, gewissermaßen als Sammelbegriff für das Gegenhalten der „kleinen Leute“ mißverstanden werden. Ein bestimmter Typus von Interaktionen („Herrschaft als soziale Praxis“) und die für die Akteure damit verbundenen Möglichkeiten der *Sinn-Gebung* und *Sinn-Gewinnung* sollen ins Verhältnis zueinander gesetzt werden.

Mit dem herkömmlichen Begriff des „Interesses“ ergeben sich dabei durchaus Überschneidungen, ohne daß dieser die mit „Eigen-Sinn“ beabsichtigte Bandbreite an Beweggründen individuellen Verhaltens einzufangen in der Lage ist. Im allgemeinen bezeichnet „Interesse“ motivationale Fixierungen, die der strukturell zugewiesenen und relativ stabilen sozialen Lage und Gruppenzugehörigkeit eines Individuums entsprechen: das „Interesse als Arbeiter“, „als Hausfrau“, „als Betriebsleiter“ etc.<sup>29</sup> Da derartige Interessenlagen Verhalten und Einstellungen der Akteure mitprägen, ist ihre Rekonstruktion im Rahmen des jeweiligen Untersuchungsgegenstandes notwendig. Zugleich ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Ideologie der SED mit ihren sozialutopischen Ansprüchen auch den Bereich dieser Interessen zu formieren und an den eigenen Herrschaftsanspruch anzubinden versuchte; erinnert sei in diesem Zusammenhang an den Topos der „materiellen

---

29 Siehe Stichwort „Interesse“, in: Karl-Heinz Hillmann, Wörterbuch der Soziologie. Begr. v. Günter Hartfiel, 1994, 4. Überarb. u. erg. Aufl., Stuttgart, 1994, S. 383f.

Interessiertheit“ und die seitens der SED daran geknüpften Spekulationen auf die segensreiche Wirkung „materieller Hebel“. <sup>30</sup> Diese herrschaftliche Konstruktion und Zuweisung von „Interessen“ überlagerte andere sich aus Gruppenzugehörigkeiten, Geschlecht, Herkunft usw. ergebenden Interessenlagen. In jedem Fall faßt der Begriff des „Interesses“ die Ausrichtung von Individuen auf bestimmte Objekte (Güter, Rechte, Statuspositionen) und unterstellt ihnen zweckrationales Handeln beim Versuch, sich diese anzueignen und zu sichern. „Eigen-Sinn“ hingegen bezieht die diesen Handlungsweisen vorgelagerten Bedürfnisse, Emotionen und Identitäten ein und fragt danach, in welchem Ausmaß sie ihrerseits von der Herrschaftsideologie der SED geprägt oder dieser entzogen waren.

„Eigen-sinnig“ motivierte Verhaltensweisen enthielten somit ein durchaus ambivalentes Potential: Sie konnten den totalitären Gestaltungsanspruch der SED in bestimmten Handlungsfeldern unterlaufen und Bereiche des Aushandelns und der relativen Eigenständigkeit sichern. Das Handeln von Individuen und Gruppen innerhalb und außerhalb von offiziellen Institutionen und Handlungsfeldern ist hinsichtlich seiner Bedeutungsvielfalt und deren Folgen zu untersuchen. So konnte die Gestaltung der eigenen Lebens- und Arbeitsverhältnisse Defizite der diktatorischen Gesellschaftsteuerung kompensieren, deren Ziele aber auch durchkreuzen. Das sei an folgendem Beispiel veranschaulicht: Viele Menschen in der DDR nutzten die von der SED forcierten zahlreichen Möglichkeiten der Weiter- und Fortbildung dazu, sich über das ihnen zunächst zugewiesene Bildungsniveau hinaus weiterzuqualifizieren. Sie taten dies im eigenen Interesse und aus eigenem Bedürfnis, vielleicht auch aus Begeisterung für den Sozialismus. In dessen allwissender Planung war für sie ja zunächst nur eine Lehre vorgesehen gewesen, nicht das im Abendunterricht erworbene Abitur, das seinerseits Ambitionen auf ein Hochschulstudium nach sich zog und die Kaderplanung des eigenen Betriebs durcheinanderbringen konnte. Ein soziologisches Forschungsprojekt am Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung über Lebensverläufe von DDR-Bürgern hat die Folgen gerade dieses Bildungs- und Qualifikations-Verhaltens als ein ambivalentes Verhältnis von „Kollektiv und Eigensinn“ charakterisiert: Der in kollektive Handlungs- und Orientierungsmuster eingebettete Sinn vieler DDR-Bürger für den eigenen Lebensentwurf erzeugte sozialen Wandel, der im Widerspruch zur SED-Ideologie stand. Die Ausprägung neuer Statusunterschiede infolge sozialer Mobilität einschließlich der Weitergabe familiären Bildungskapitals führte nämlich zu einer erneuten Elitebildung statt allmählicher sozialer Nivellierung. <sup>31</sup> Derartige „unsozialistische“ Phänomene stehen für inhärente Begrenzungen der Steuerungskapazitäten der Parteidiktatur, auch und gerade wenn vom Vorherrschen herrschaftskonformer Verhaltensweisen auszugehen ist. Auf der anderen Seite sind jedoch auch soziale Phänomene zu beobachten, die aus der Entkoppelung von Gesellschaftspolitik und eigen-sinnigem Verhalten resultierten: Dauerhafte Formen des stillen Arrangements zwischen der Diktatur und den von ihr Beherrschten, die Interessen und Bedürfnisse der Menschen aus dem „offiziellen“ Leben der DDR in die vielbeschworenen „Nischen“ abdrängten. In den ersten Jahren nach der Vereinigung durchge-

---

30 Zu Arbeiterinteressen in der DDR siehe die grundlegende Untersuchung von Peter Hübner, *Konsens, Konflikt, Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR* (Zeithistorische Studien, Bd. 3), Berlin 1995.

31 Siehe Johannes Huinink u. a., *Kollektiv und Eigensinn. Lebensverläufe in der DDR und danach*, Berlin 1995; für eine Zusammenfassung der Ergebnisse s. auch Karl Ulrich Mayer/Martin Diwald, *Kollektiv und Eigensinn: Die Geschichte der DDR und die Lebensverläufe ihrer Bürger*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B46/1996, S. 28–37.

fürte soziologische Feldstudien über soziale Milieus in Ostdeutschland zeigen unter anderem, wie sehr diese Dichotomie von Offiziellern und Persönlichem die lebensweltliche Segmentierung entlang traditionellen Klassenschranken beförderte, anstatt, wie es der SED-Ideologie entsprochen hätte, diese aufzulösen.<sup>32</sup>

Wie „Herrschaft als soziale Praxis“ und „Eigen-Sinn“ miteinander verknüpft sind, ist eine – realhistorisch wie konzeptionell – offene Frage. Sie als offene Frage zu stellen, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen gesellschaftsgeschichtlicher Untersuchungen der DDR, die über eine Bestätigung oder Widerlegung des totalitären Charakters der SED-Diktatur und damit über die Fixierung auf deren Strukturen und Handeln hinauskommen wollen. Das dieser Forschungsstrategie zugrundeliegende Theorieverständnis geht daher nicht von einer vorab deduzierten Klassifikation von Konstellationen aus, deren Existenz und Ausprägung dann durch Abgleichen mit den Quellen zu prüfen wäre. Nicht das Zur-Deckung-Bringen von „Begriff“ und „Wirklichkeit“ weist die Leistungsfähigkeit dieses Konzepts aus, sondern die erweiterte Erschließung und Beschreibung verschiedenartiger und verstreuter Konstellationen in der historischen Wirklichkeit. Die Begriffsbildung „Herrschaft und Eigen-Sinn“ dient der reflektierten Öffnung des Blicks für die Heterogenität und Vielfalt des unter den gegebenen Randbedingungen *Möglichen*. Gerade wenn „soziale Entdifferenzierung“ eine angesichts der SED-Ideologie so naheliegende Kurzformel für das Ergebnis von SED-Herrschaft zu sein scheint, sind wir gehalten, unsere Vorstellungskraft für die Erkundung der DDR-Wirklichkeit zu „redifferenzieren“, den Sinn für die „kleinen“, aber nicht selten um so bedeutsameren Unterschiede zu schärfen und die Dinge möglichst aus der Nähe zu betrachten.

### 3. Die Grenzen der Gesellschaft – Zwischenbefunde

„Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur“ – dieser begriffliche Rahmen schafft Raum für die geduldige und mitunter als unbequem und unnötig kompliziert empfundene Differenzierung bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit. Das Verlangen nach „vorläufig amtlichen Endergebnissen“ zünftiger Geschichtswissenschaft in Gestalt griffiger Überblicksdarstellungen zu befriedigen, ist unser Anliegen nicht. Gegenüber der historiographischen Homogenisierung vergangener Wirklichkeiten, die die Geschichte des modernen Nationalstaats ebenso wie die der modernen Gesellschaften von Anfang an begleiteten, erscheint uns Skepsis angebracht. Diese Art der Geschichtsschreibung entspricht weder dem Vermögen noch der Notwendigkeit zur Differenzierung einer unwiderruflich pluralisierten Bürgergesellschaft. Der gemeinsame Ertrag der hier vorgestellten Studien kann und soll daher nicht zu scheinbar eindeutigen Tatsachenfeststellungen über „die“ DDR aufaddiert werden. In der Gesamtschau auf die hier vorgestellten empirischen Befunde lassen sich aber durchaus einige allgemeinere Beobachtungen zur Gesellschaftsgeschichte der DDR zusammenstellen.

Herrschaftspraxis im DDR-Staatssozialismus war durchgängig geprägt vom Widerspruch zwischen dem totalitären Gestaltungsanspruch der SED und dem nur immer unzureichenden

---

32 Siehe Michael Vester u. a. (Hg.), *Soziale Milieus in Ostdeutschland. Gesellschaftliche Strukturen zwischen Zerfall und Neubildung*, Köln 1994.

Zu-Gebote-Stehen jener gesellschaftlichen Ressourcen und Akteure, auf die sich dieser richtete oder deren Wirksamwerden er oft eher unbeabsichtigt überhaupt erst hervorrief. Das gilt nicht nur für das im engeren Sinne politische Verhalten der DDR-Bürger, die „ihrem“ Staat die meiste Zeit allenfalls widerwillig-loyal zugetan waren, sondern auch für ihre sozialen Kompetenzen, Beziehungen und Bedürfnisse. Im Hinblick auf die Gesellschaftsgeschichte der DDR hat diese zunächst trivial anmutende Feststellung weitreichende Konsequenzen: Es kam nie zu einer dauerhaften Eigendynamik sozialer Entwicklung, die sich auf das von der SED angestrebte Gesellschaftsmodell zubewegte. Darin unterscheidet sich die kommunistische grundlegend von der „ersten deutschen Diktatur“: Den Nazis gelang es in ganz anderem Umfang und in anderer Qualität, vorgefundene Strukturen und Verhaltensdispositionen für sich arbeiten zu lassen, ob auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Wissenschaft, aber auch des Konsums und der privaten Lebensführung. Mit der Errichtung der kommunistischen Diktatur versagten diese Faktoren langfristigen sozialen Wandels als herrschaftsstabilisierende „Zuarbeiter“, und dies nicht nur in Folge der „Geburtsfehler“ sowjetische Okkupation und Besatzungsregime. Wissenschaftlich-technischer Fortschritt, Rationalisierungsprozesse in der Landwirtschaft, zunehmende soziale und regionale Mobilität, Veränderung von Geschlechterrollen und Familienstrukturen, und einiges andere mehr: All dies fand auch in der DDR seine Fortsetzung. Aber allen Proklamationen zum Trotz gelang es der SED nur eingeschränkt, diese, säkulare Entwicklungstrends fortsetzenden, von ihr also keinesfalls „erfundenen“ „historischen Gesetzmäßigkeiten“, in ihren Dienst zu nehmen.

Veranschaulichen läßt sich dies anhand der Achillesferse des SED-Regimes, der Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern des täglichen Bedarfs, insbesondere mit Nahrungsmitteln. Dem für moderne Industriegesellschaften typischen Wandel von Nahrungsgewohnheiten versuchte die SED-Wirtschaftspolitik durch die Errichtung neuer Industriezweige wie Hochseefischerei und industrielle Mast und durch die Einführung neuer Vertriebswege wie dem Fischrestaurant und der Goldbroilergaststätte zu entsprechen (s. die Beiträge von *Burghard Ciesla* und *Patrice G. Poutrus*). Die Nachfrage dafür war durchaus vorhanden, konnte sich aber unter den Bedingungen einer auf Autarkie ausgerichteten Außenwirtschaftspolitik keine Geltung verschaffen. Statt, wie ursprünglich vorgesehen, Selbstversorgung zu gewährleisten, diente die Hochseefischerei nur noch zur Erwirtschaftung von Devisen, und auch die teuren West-Lizenzen der „Kombinate Industrielle Mast“ mußten durch Brathähnchen-Exporte in den Westen abgestottert werden. In beiden Fällen blieben durchschlagende Wirkungen dieser Modernisierung der Nahrungsmittelproduktion auf die heimische Versorgung aus: Fisch wie Geflügel blieben weit hinter Angebot und Verbrauch des traditionellen Marktführers und Haupteiweißlieferanten, dem Hausschwein, zurück.

Zugleich verdeutlichen diese beiden Produkt- und Versorgungsgeschichten, wie wenig es der SED-Führung gelang, ein systemfremdes Element, den Markt, für den Ausbau und die Stabilisierung des eigenen, planwirtschaftlichen Systems arbeiten zu lassen. Die Umsetzung zentral gefaßter Beschlüsse über den Aufbau neuer Industriezweige und -betriebe oder die Einführung neuer Eigentumsstrukturen bedurfte im Zweifelsfall immer der zusätzlichen Interventionen durch die Partei („unter Parteikontrolle stellen“) – nichts konnte und durfte „dem Selbstlauf überlassen“ werden. Gerade in der „Arbeit mit den Menschen“, „mit unseren Menschen“, wie die SED sie zu nennen beliebte, waren Reibungsverluste die Regel, ob sie nun als materielle Erwartungshaltungen in ihrer Programmatik selbst begründet waren oder in sozialkultureller Distanz zu Funktionären und Vorgesetzten, zu Arbeitsnormen und

Planzielen. Diese permanente „Sprödigkeit“ der zu bearbeitenden gesellschaftlichen Realität verursachte enorme zusätzliche Kosten. Wie sich anhand des von *Leonore Ansorg* untersuchten Aufbaus einer Textilindustrie im ländlichen Raum anschaulich nachvollziehen läßt, entstanden Zusatzkosten nicht nur durch ungünstige äußere Voraussetzungen, sondern gerade auch auf der Ebene des „subjektiven Faktors“. Und nicht nur auf relativ parteifernen Handlungsfeldern lassen sich diese permanenten „Berg-auf-Schwierigkeiten“ beobachten. Auch Institutionen, die von vornherein direkt dem Partei-Zugriff unterstanden, hatten mit derartigen intrinsischen Reibungsverlusten bei der Ausübung staatssozialistischer Herrschaft zu kämpfen.

Der Begriff „Eigen-Sinn“ erlaubt es, die subjektive Dimension dieser durchgängigen Begrenzungen der SED-Herrschaft zu fassen. Überlieferungen auf der Ebene von Betrieben, Gemeinden und Kreisen ist bei sorgfältiger Quellenkritik eine Fülle an Informationen über Perspektiven und Handlungsmuster individueller wie kollektiver Akteure zu entnehmen, die sich unter diesem Aspekt interpretieren lassen.<sup>33</sup> In Interviews erhobene und ebenfalls quellenkritisch auszuwertende Biographien liefern zusätzliche Befunde über die vielfältigen Schwierigkeiten, aber auch Möglichkeiten, in der DDR ein „sinnvolles“ Leben zu führen. Dabei ist bei diesen Rekonstruktionen von lokalen und individuellen Konstellationen darauf zu achten, daß die beobachteten Konflikte und Spannungen zwischen „obrigkeitlichen“ Herrschaftsansprüchen und untergeordneten Akteuren nicht mit einem vordergründig politischen „Sinn“ aufgeladen werden, der den Beteiligten oftmals fern lag. Die jahrelange Gleichgültigkeit der zu Textilarbeiterinnen avancierten Landfrauen gegenüber der Qualität ihrer Arbeitsprodukte, damit aber auch gegenüber dem gesellschaftlichen „Wert“ ihrer Arbeit machte aus ihrer Perspektive angesichts der von „oben“ zu verantwortenden schlechten Arbeitsbedingungen und –organisation durchaus „Sinn“. Sie kann aber nicht als „Widerstand“ gegen die Parteikontrolle der SED interpretiert werden. Von „Resistenz“ im Sinne einer „Immunsierung“ gegen ihre Sozialpolitik zu sprechen, wäre irreführend, da ja gerade diese für die eigenen Lebensentwürfe und sozialen Interessen durchaus zustimmend in Anspruch genommen wurde. Zugleich läßt sich mit der Versorgungsfrage eine Spannungslinie beobachten, bei der der Eigen-Sinn dieser (wie zahlreicher anderer) Frauen regelrechte Verweigerungshandlungen motivieren konnte, indem sie die Produktion unterbrachen, die Fabrik verließen und sich nach neueingetroffener Ware anstellten.<sup>34</sup>

Doch auch in den sozialen Stammländen der „Partei der Arbeiterklasse“, unter den männlichen Facharbeitern großer Industriebetriebe, ist Ähnliches festzustellen: Gerade die Umnutzung zu Orten traditioneller proletarisch-männlicher Geselligkeit, wie sie die 1959 von oben inszenierten „sozialistischen Brigaden“ boten, knüpfte an die bereits seit mehreren Arbeitergenerationen überlieferte Distanz zwischen organisierter Arbeiterbewegung und

---

33 Gerade der totale Kontroll- und Überwachungsanspruch der SED sowie der relative Mangel an vom Einzelfall abstrahierenden Verfahren der Entscheidungsfindung zeitigte auf allen Ebenen der Überlieferung, also auch in den Zentralen von Partei und Staat, eine Überfülle an detaillierten Schilderungen konkreter Situationen und schafft somit günstige Voraussetzungen für mikrohistorische „Nahaufnahmen“; s. Lindenberger, *Alltagsgeschichte*, S. 317f., sowie anhand der Überlieferung der Deutschen Volkspolizei ders., *Der ABV im Text. Zur internen und öffentlichen Rede über die Deutsche Volkspolizei der 1950er Jahre*, in: Alf Lüdtke/Peter Becker (Hg.), *Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag*, Berlin 1997, S. 137–166.

34 Siehe ausführlicher in Leonore Ansorg, *Der Fortschritt kommt auf's Land. Weibliche Erwerbsarbeit in der Prignitz*, in: Gunilla-Friederike Budde (Hg.), *Frauen arbeiten. Weibliche Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland nach 1945*, Göttingen 1997, S. 78–99.

Arbeiter-Sozialkultur an. Sofern die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ überhaupt als Ansatzpunkte sozialer Autonomie „politisiert“ wurden, ging dies auf Bestrebungen hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre und Intellektueller zurück und wurde folgerichtig parteiintern, nicht aber im Betrieb als „Syndikalismus“ gebrandmarkt (s. den Beitrag von *Thomas Reichel*). Die für das alltägliche Funktionieren unverzichtbaren Strukturen der Gegenseitigkeit und Kollegialität, aber auch der wechselseitigen Kontrolle und des gemeinsamen Interesses an Produktivität und Erwerb entzogen sich immer wieder der eindeutig politischen Indienstnahme.<sup>35</sup> Auch bei der Untersuchung der ländlichen Gesellschaft bewährt sich die Einbeziehung von Fragen nach langlebigen Entwicklungstrends und Deutungsmustern, die dem hinhaltenden Widerstand der Bauern gegen die Kollektivierung zugrunde lagen. Zugleich wird aus dieser Perspektive deutlich, daß sie dieses soziale und kulturelle Kapital in die Zeit nach dem formellen Abschluß der Kollektivierung 1960 hinüberretten konnten und auch unter genossenschaftlichen Eigentumsverhältnissen einsetzten, um sich so lange wie möglich als „Bauern“ zu behaupten (siehe den Beitrag von *Dagmar Langenhan*).

Während im Fall der ländlichen Textilarbeiterinnen die gänzliche Abwesenheit von Berufsstolz eine äußerst distanzierte Einstellung zu den Produktionsanforderungen und Planerfüllungen zur Folge hatte, spielte gerade dieses persönliche Interesse am Arbeitsprozeß und am Produkt der Arbeit in den eigen-sinnigen Haltungen der Akteure anderer Untersuchungsfelder eine hervorragende Rolle. Der auf den ersten Blick durch und durch „systemkonforme“ Lebensweg einer Geflügelzüchterin im DDR-Vorzeigebetrieb des „Kombinats Industrielle Mast“ offenbart bei näherer Betrachtung die ganze Konventionalität der damit verknüpften politischen Lippenbekenntnisse. Die von der SED offerierten Aufstiegsmöglichkeiten konnten an den Wertehorizont eines sprichwörtlichen „Mädchens vom Lande“ anknüpfen, ohne den nach und nach erworbenen Berufsstolz zu tangieren: „Mit Politik kann ich keine Hühner großziehen“ (siehe den Beitrag von *Patrice G. Poutrus*). Ein Dorfpolizist möchte möglichst in Übereinstimmung mit den ordnungsbewußten und friedlichen Teilen seiner Klientel seinen Dienst verrichten; allein der Eifer, mit dem er diese ihm auch in der polizeifachlichen Ausbildung anezogene Maxime verfolgte, disqualifizierte ihn für den Einsatz in aggressiven Kampagnen zur kalten Enteignung eben dieser nun als „negativ“ abgestempelten „Kräfte“ – immer wieder beklagte die SED das unter den Abschnittsbevollmächtigten der Deutschen Volkspolizei auf dem Lande grassierende „Versöhnertum“ (siehe den Beitrag von *Thomas Lindenberger*). Satirischer Journalismus und die Produktion von Kabarettprogrammen erfordern bereits in sich die Bereitschaft zu eigen-sinnigen Haltungen und Deutungen, um – auch in den Grenzen des Parteiauftrags – den Anforderungen des jeweiligen Genres auch nur einigermaßen gerecht zu werden. Zum überzeugten moralischen Engagement für den Sozialismus kam hier quasi berufsbedingt die Lust am Katz-und-Maus-Spiel mit der Obrigkeit hinzu – und gerade dadurch konnte sich Satire in der DDR ihrem Publikum um so verbundener fühlen (siehe den Beitrag von *Sylvia Klötzer*).

*Inga Markovits'* Beitrag über die Zivilrechtsprechung eines Kreisgerichts schließlich erweitert das Bedeutungsspektrum von „Eigen-Sinn“ um das kindlich-kindische Abweisen von im paternalistischen Gestus verabreichten Konfliktlösungen. Hier offenbart sich das

---

35 Vgl. Alf Lüdtkke, „Helden der Arbeit“.

paternalistische Selbstverständnis einer Fürsorgediktatur (Jaraus) <sup>36</sup>, in die das Eltern-Kind-Verhältnis als Handlungsmuster eingeschrieben ist und das formale Staat-Bürger-Verhältnis bis zur Unkenntlichkeit überlagert. <sup>37</sup> Der Staat tritt ermahmend und schlichtend zwischen die (vergleichsweise) wenigen Bürger, die sich im Streit über Schulden, Schadensersatzforderungen und dergleichen vertrauensvoll an das Gericht wenden. Diese „eigen-sinnigen Kinder“ galt es an die feste Hand zu nehmen.

Dem umfassenden Gestaltungsanspruch der SED erwachsen also auf den verschiedenen Handlungsfeldern, auf die er sich erstreckte, in unterschiedlichem Umfang jeweils spezifische Hindernisse, die zu Abstrichen und Kompromissen, Verzögerungen bis hin zu nicht eingestandenem Fehlschlägen führten. Nie jedoch addierten sich diese Fehlfunktionen in einer Weise auf, daß in der Folge diese Handlungsfelder dem herrschaftlichen Zugriff von Partei und Staat entglitten, wenn man vom Juni 1953 und den letzten Jahren vor dem Zusammenbruch der DDR einmal absieht. Das Gegenteil war der Fall: der kontrollierende Zugriff wurde dort, wo sich Störungen und Widerstände häuften, intensiviert und ausgedehnt, zugleich damit die Spannung zwischen Steuerungsansprüchen und deren Realisierungschancen verschärft. Paradoxerweise nahmen daher die *relativen* Begrenzungen der SED-Herrschaft in dem Maße, wie sie ihre herrschaftlichen Zugriffe in einzelnen Gesellschaftsbereichen ausdehnte, zu und nicht ab.

Was heißt das für die eingangs diskutierte Frage nach den „Grenzen der Diktatur“? Zunächst, wie bereits oben angemerkt: Begrenzungen der SED-Herrschaft waren überall präsent, markierten aber kaum genau umrissene Territorien ihrer „Nicht-Herrschaft“. Zum zweiten: Im Fall der DDR schärft das Interpretament „Herrschaft und Eigen-Sinn“ vor allem den Blick für die vielgestaltigen *Symbiosen* im Verhältnis von Parteidiktatur und sozialen Gruppen bzw. Akteuren. Die gerade auch Sozialhistorikern zur Gewohnheit gewordene Ausschau bevorzugt nach konfliktreichen Gegensätzen, ja Antagonismen in diesem Verhältnis, muß daher selbstkritisch hinterfragt werden. Sie beruht oft auf Plausibilitäten nach dem Motto „wo viel Rauch aufsteigt, ist auch viel Feuer“, schließt also vom diktatorischen Stil des Regimes auf weitverbreitetem Widerstand, eventuell gestützt durch die Rückprojektion erfolgreichen politischen Widerstands in der Spätphase der DDR. <sup>38</sup> Der „Normalfall“ des Arrangements und das von oben und unten geteilte Interesse an Ordnung, Stabilität und Berechenbarkeit, an Zugehörigkeit und Bindungen bzw. das gemeinsame Streben danach wird in dieser Erwartungshaltung übergangen. Über die ganze Zeit der DDR hinweg betrachtet müssen wir von einer ungleichmäßigen „Mischung“ verschiedenartiger Konstellationen, konfliktträchtigen wie harmonischeren ausgehen, wobei symbiotisch-prästabilen Arrangements ein weitaus größeres Gewicht zukam, als gemeinhin angenommen. Das stellt für sich genommen aber keine Begrenzung der Diktatur dar, sondern betrifft ihre Form und Modalität.

---

36 Siehe Jaraus, Sozialismus; siehe außer ihrem Beitrag in diesem Band auch Inga Markovits, Rechts-Geschichte. Ein DDR-Zivilprozeß aus den 1980er Jahren, in: Lüdtk/Becker (Hg.), Akten, S. 259–278.

37 Siehe Thomas Lindenberger, Vortrag vor der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages, in: Deutscher Bundestag, S. 28–38.

38 Aus dieser Perspektive der erfolgreichen Revolution schildern Armin Mitter und Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte, München 1993, die gesamte Zeitspanne von 1952 bis 1989 als eine zusammenhängende, unweigerlich auf 1989 zulaufende Konfliktgeschichte.

Dennoch läßt sich eine strukturelle Konstante in der Ausgestaltung von Herrschaftspraxis im DDR-Staatssozialismus festhalten. Untersuchungen auf der Mikroebene sozialer Strukturen wie die hier vorgelegten legen es nahe, die Wirkung von „Grenzen“ in der SED-Diktatur anders zu fassen, als dies oben erläutert wurde. Nicht nur die „Grenzen der Diktatur“ stechen ins Auge, sondern auch eine in zahlreichen Varianten zu beobachtende „Diktatur der Grenzen“. Damit ist hier nicht nur die „große“ physische, lebensbedrohlich gesicherte „Staatsgrenze“ gemeint, obwohl es durchaus reizvoll wäre, deren Auswirkungen auf die Mentalitäten und imaginären Repräsentationen des Sozialen in der DDR-Gesellschaft zu verfolgen (die DDR als „Staatsknast“<sup>39</sup>, als totale Institution, als Freiluftgehege...). Im Innern der DDR verliefen zahlreiche andere, unsichtbare Grenzen, von denen dennoch jeder DDR-Bürger wußte, unabhängig von der eigenen sozialen Position. Sie waren keinesfalls einheitlich, eher diffus und allgegenwärtig, sie bildeten oftmals eher Grenzbereiche als präzise trennende Demarkationslinien. Es geht um die vielfältigen Begrenzungen der von den Individuen unmittelbar beeinflussbaren Lebenszusammenhänge durch die weitverzweigten, bis zum Individuum hin ausgebauten Arkanbereiche politischer Herrschaft, die per definitionem dem Vorbehalt einer elitären Avantgarde und deren Repräsentanten unterstanden. Der soziale Nahbereich, *und nur dieser*, hielt Chancen der Partizipation und Macht für viele Beteiligte bereit. „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ – dieser Slogan steht nicht nur für den utopischen Gehalt der SED-Ideologie, und er erweist sich *nicht nur* als zynische Lüge. Auch wenn dieser Nahbereich alles andere als einen „herrschaftsfreien Raum“ darstellte, unterschied er sich doch deutlich von den unmittelbar angrenzenden Arenen exklusiver SED-Herrschaft. Hier, „vor Ort“, boten sich reichlich Möglichkeiten und Notwendigkeiten, die Dinge nicht ausschließlich den hauptamtlich Zuständigen oder besonders lammfrommen Parteimitgliedern zu überlassen, und gerade darauf beruhte die integrierende Funktion dieser vom Herrschaftssystem aufgestellten „Aktivitätsfalle“ (Wolle).<sup>40</sup> Eine weitgespannte Palette der „ehrenamtlichen“ Tätigkeiten, sei es in Schiedskommissionen, als Vertrauensmann der Gewerkschaft, Helfer der Volkspolizei, Mitglied des Wohngebietsaktivs der Nationalen Front, in der Hausgemeinschaft und im Eltern-Aktiv usw. war überall im sozialen Umfeld eines Jeden installiert. Daneben stellten die permanenten Störungen geplanter Abläufe und Funktionen einen weiteren Anreiz zu sozialer Verausgabung und Austausch dar, da sie nur durch die zeitaufwendige Aufrechterhaltung informeller Strukturen und Beziehungen zu neutralisieren waren. Der auf diese Weise fürs „Mitregieren“ und „Mitorganisieren“ zugängliche Bereich war nach oben hin durchweg sehr klein gehalten, da die Grenzen zum Geltungsbereich der Parteikontrolle sehr tief angesetzt waren.

Die Durchgängigkeit dieses Phänomens in der DDR legt es nahe, von einem *Organisationsprinzip der ganzheitlichen Gesellschaftsausschnitte auf unterster Ebene* zu sprechen. Dort, wo durch kleine Dimensionen Überschaubarkeit gegeben war, hatten „kleine Leute“ Macht und Regelungskompetenz. Es ließe sich einwenden, daß in komplexen Gesellschaften generell die Einflußmöglichkeiten der meisten Menschen nach oben hin sukzessive abnehmen. Charakteristisch für die DDR als einer staatssozialistischen Diktatur hingegen ist, daß diese Grenze tatsächlich strikt auf den lebensweltlichen Bereich bezogen blieb: Arbeitskollektiv, Familie und Verwandtschaft, Dorf, Wohngebiet. Es sind nicht zufällig diese Bereiche, die in der gegenwärtig zu beobachtenden DDR-Nostalgie positiv erinnert

---

39 Siehe das Kapitel „Die Mauer und die Ausreiseproblematik“ in Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der Diktatur 1971–1989*, Berlin 1998, S. 281–289.

40 Ebd., S. 111.

werden. Die Grenze nach oben, bereits zur Kreis- oder Betriebsebene, war weitgehend undurchlässig; von dort kamen aber auch die Gefahren für diesen Raum des bedingt Eigenmächtigen. Machtpotentiale unten wurden daher im Interesse der Stabilität dieser lebensweltlichen Einflußzonen zur Aufrechterhaltung der Grenzen aufgewandt und an diese gebunden. Die Wiederentdeckung gerade dieses Eigen-Sinns in der Erinnerung erlaubt es heute vielen Ostdeutschen, ihre „erfolgreiche Verteidigung der privaten Lebensräume als Flucht- und Verweigerungsgeschichte [zu] erzählen“.<sup>41</sup> Wenn überhaupt, dann stellte das Interesse an der Aufrechterhaltung dieser überschaubaren Einteilung der sozialen Welt in individuell beeinflussbaren Nahbereich und Arkanum der SED-Herrschaft so etwas wie einen gesellschaftlichen Konsens der DDR dar. Störungen durch „Eindringlinge“ von oben oder von außen wurden als Bedrohung des reibungslosen Funktionierens dieser untersten Einheiten erlebt. Das in den neuen Bundesländern weitverbreitete prinzipielle Mißtrauen gegen „Fremde“, egal, ob es sich um benachbarte Städter, Touristen oder Ausländer handelt, dürfte unter anderem auch eine Spätfolge dieser spezifischen Konfiguration von Handlungschancen und Macht auf der untersten Ebene der Gesellschaft sein.

Die „Vollständigkeit“ gesellschaftlicher Beziehungen in der Lebenswelt – deren Verlust heute so bitter beklagt wird – wurde bezahlt mit äußerst geringen Einwirkungsmöglichkeiten in allen Bereichen, die jenseits dieser individuell erreichbaren Sphäre, jenseits dieser Grenzen, lagen. Vergesellschaftungsmedien wie Geld und Recht mußten unter diesen Umständen wirkungslos bleiben. Allenfalls auf dem Wege des informellen Drucks wie etwa im Fall der massenhaften Nichtbeachtung des Westfernseh-Verbots oder der Durchsetzung der Westmark als halboffizieller Zweitwährung war Einfluß von unten nach oben wirksam. Aber ebensowenig wie durch die Millionen von Eingaben, die die DDR-Bürger an ihre Obrigkeiten richteten und die in vielen Einzelfällen auch individuell erfolgreich waren, bauten sich dadurch institutionell gesicherte Bereiche gesellschaftlicher Einflußnahme oder gar Selbststeuerung auf. Der Eingabe die „Gewalt eines Rechtsmittels“ zuzuschreiben und ihr „massenhaftes Auftreten“ als eine „Form des Bürgerbegehrens“ zu interpretieren, die ihr Ähnlichkeit mit den bundesdeutschen „Bürgerinitiativen“ verleihe,<sup>42</sup> verkennt ihre Herrschaftsfunktion. Bei aller Sympathie für den Mut und die gemeinwohlorientierten Motive vieler Eingabenschreiber ist eher vom Gegenteil auszugehen: Gerade durch ihre Form erneuerten Eingaben fortwährend die Individualisierung der Kommunikation zwischen Bürger und Staat und blockierten (zumindest bis kurz vor der „Wende“) die autonome Artikulation gesellschaftlicher Interessen und Bedürfnisse, wie sie in den siebziger und achtziger Jahren in der BRD in Gestalt der Bürgerinitiativen die verkrustete Parteien- und Verbändestruktur aufbrach. Die „Eingabekultur“ war eben *nicht* das DDR-Pendant zur Solidarność in Polen, sondern Bestandteil der Symbiose von SED-Herrschaft und begrenzter Gesellschaft.<sup>43</sup>

Meuschels These von der Entdifferenzierung der DDR-Gesellschaft läßt sich daher folgendermaßen modifizieren: Soziale Differenzierung fand statt und war auch erforderlich, dies aber immer nur auf der Ebene der untersten Einheit, wo Partei, Staat, Betrieb, Gemeinde, Massenorganisation, aber auch Individuen mit ihren Familien, Verwandtschaften

---

41 Ehrhart Neubert, *Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989* (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin 1997, S. 24.

42 Merkel/Mühlberg, *Eingaben*, S. 11–14.

43 Vgl. Jonathan R. Zatlin, *Ausgaben und Eingaben. Das Petitionsrecht und der Untergang der DDR*, in: *ZfG* 45 (1997), S. 902–917.

und Beziehungen, als Vorgesetzte und Untergebene, Genossen und Kollegen, Kameraden oder Bürger interagierten. Sie taten dies nicht im Sinne eines „gemeinschaftlichen“ Verschmelzens ihrer sozialen Identitäten, also im kategorischen Gegensatz zur „Gesellschaft“, sondern als relativ vollständige – im DDR-Jargon hieße es hier: „komplexe“ – Einheiten mit Funktionen, Rollen und Regeln im Kleinen – als „Kinderzimmer-Gesellschaften“, um an Inga Markovits' Diktum vom DDR-Recht als „Kinderzimmer-Recht“ anzuknüpfen.<sup>44</sup> Diese alltägliche Differenzierung konnte und durfte auf überindividueller Ebene nicht fortgeführt werden: Mit ihren Berichten, Einschätzungen und Maßnahmeplänen arbeiteten Funktionäre und Inspektoren fortwährend an einer entdifferenzierten und homogenisierten Wirklichkeitskonstruktion, die nur die Übersichtlichkeit des offiziellen Freund-Feind-Schemas zuließ und den vielfältigen Eigen-Sinn sozialer Akteure auslöschte.<sup>45</sup> Eben darin bestand ja der ideologische „Sinn“ des staatssozialistischen Projekts: Nach oben hin lief alles auf Einheit und Identität, auf die Fusionierung von Partei, Staat und Gesellschaft, hinaus.

Von dort aus, im Blick auf die DDR-Gesellschaft als Ganzes, lassen sich wohl „ersatzweise“ die Gesellschaft durchziehende Spannungslinien ausmachen, wie dies der Soziologe Detlef Pollack zur Beantwortung der Frage „War die DDR-Gesellschaft homogen?“ getan hat.<sup>46</sup> Sie konnten aber mangels gesamtgesellschaftlicher Medien und intermediärer Institutionen eben nicht zu übergreifenden strukturfunktionalen Differenzierungen weiterentwickelt werden. Sie beruhten ja gerade auf der gewaltsamen Beseitigung vorgefundener Differenzierungen. Die von Pollack beschriebenen wichtigsten dieser Spannungs- und Konfliktlinien der DDR-Gesellschaft<sup>47</sup> sind für sich genommen nur bedingt DDR- oder Sozialismus-spezifisch; das Spannungsverhältnis von Formalität und Informalität beispielsweise ist schon lange eine Topos der Soziologie westlicher Industriegesellschaften, ganz zu schweigen von Konfliktlinien wie „Fortschrittsorientierung und Fortschrittskritik“. Da die SED die durch ihre eigene Politik heraufbeschworenen kompensatorischen Aktivitäten ihrerseits immer mit an das System zu binden, ja in dasselbe zu integrieren suchte, ihnen auf jeden Fall jegliche eigenständige Artikulation verweigerte, blieben diese Spannungslinien aber im Unterschied zu westlichen Gesellschaften für lange Zeit „unsichtbar“<sup>48</sup> – obwohl sie überall wirkten und im sozialen Alltag auch durchaus konkrete Gestalt annahmen. Gesamtgesellschaftlich betrachtet ließ diese vertikale Entdifferenzierung zur Spitze hin nur die eine horizontale Differenzierungslinie zu: die zwischen dem lebensweltlichen Nahbereich mit seinen kleinen Machtchancen und der direkt darüber sitzenden Sphäre der strikten Parteikontrolle. Das schloß im übrigen keineswegs aus, daß viele derjenigen, die sich in ihrem sozialen Nahbereich engagierten, dies als überzeugte Kommunisten oder auch nur als sozialismusgläubige DDR-Bürger taten – wobei sie in erster Linie „ihren“ Sozialismus in der Brigade, in der Gemeinde, im Kulturbundzirkel usw. meinten.

---

44 Siehe bei Markovits, S. 333.

45 Siehe Alf Lüdtkke, „... den Menschen vergessen“? – oder: Das Maß der Sicherheit. Arbeiterverhalten der 1950er Jahre im Blick von MfS, SED, FDGB und staatlichen Leitungen, in: Lüdtkke/Becker (Hg.), Akten, S. 189–222.

46 Detlef Pollack, Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: war die DDR-Gesellschaft homogen?, in: Geschichte und Gesellschaft 24 (1998), Heft 1, S. 110–131.

47 1. Politische Homogenisierung und funktionelle Differenzierung, 2. politisches Versorgungssystem und individuelles Selbstinteresse, 3. Westabschottung und Westorientierung, 4. Formalität und Informalität, 5. Fortschrittsorientierung und Fortschrittskritik, 6. Traditionsabbruch und Traditionsbewahrung, 7. der Repressionsapparat und die Grenzen seiner Anwendbarkeit; ebd., S. 115–128.

48 Ebd., S. 114.

Die von Mary Fulbrook vorgeschlagene Oktopus-Metapher interpretiert dieses Verhältnis von (Oktopus-)Staat und Gesellschaft als fortwährende Interpenetration.<sup>49</sup> In diesem Bild bleibt letzterer aber nur die passive Rolle des von einem der zahlreichen Krakenarme Ergriffen- und Kooptiert-Werdens. Damit wird die aktive Natur eigen-sinniger Nutzung und Ausgestaltung der von der SED vorstrukturierten Handlungsfelder verfehlt. Der tragische „Erfolg“ der SED bestand gerade darin, daß es ihr durchaus gelang, Menschen mit ihren sozialen Ressourcen und Kompetenzen zu aktivieren und an ihr sozialistisches Experiment zu binden, aber eben nur soweit, wie deren Engagement sich auch auf die Aufrechterhaltung der eigenen Handlungschancen im Nahbereich und damit auf die Abwehr von Eingriffen und Erschütterungen von oben richten konnte. Dafür bietet die selbstverständliche Orientierung an der „modernen“ Kleinfamilie ein beredtes Beispiel: Zweifellos war diese für viele DDR-Bürger ein Lebensbereich des „Privaten“, auf dessen Abschirmung von der Obrigkeit und deren Zumutungen einige Energie verwandt wurde – zugleich fand die Familienzentrierung sozialen Verhaltens sowohl im paternalistischen Gestus der Herrschaftspraxis wie vor allem in Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ eine dauerhafte ideelle und materielle Stützung.<sup>50</sup>

Imperative der SED-Herrschaft waren also selbst in diesem Bereich des Familiären und Privaten immer repräsentiert – man denke nur an die Wohnungsvergabe, Kinderbetreuung und Schule. Als „asozial“ etikettiertes Verhalten konnte gleichermaßen fürsorgliche wie repressive Eingriffe der Obrigkeit nach sich ziehen und durch die damit verbundene „Organisierung des gesellschaftlichen Einflusses“, also des lebensweltlichen Umfeldes von Arbeitskollektiv, Lehrern und anderen Fürsorge-„Laien“ die Intimität des Privaten aufheben.<sup>51</sup> Dennoch waren für das reibungslosere und damit effektivere „friedliche“ Funktionieren dieser untersten Einheiten zusätzliche Ressourcen erforderlich. Diese nährten sich aus dem Eigen-Sinn der am Gestalten des gesellschaftlichen Nahbereichs teilhabenden Individuen. Seine Entfaltung unterlag aber von vornherein dem überall geltenden Diktat des „Bis-hierher-und-nicht-weiter“.

Für die praktische Aufrechterhaltung dieses Organisationsprinzips von Herrschaft waren die Funktionsträger im „Grenzgebiet“ von entscheidender Bedeutung, also jene Figuren, die in je spezifischer Weise an beiden Bereichen partizipierten. Sie waren Grenzwächter und Grenzgänger in einem, hatten die Mitbürger ihres Arbeitsbereiches von Grenzverletzungen abzuhalten, zugleich aber zwischen den Welten beiderseits der Grenze zu vermitteln. Für diese Tätigkeit kamen bestimmte Funktionen besonders in Frage, obwohl nicht jede konkrete Person, die auf eine solche Funktion gesetzt worden war, gleichermaßen effektiv funktionierte. Das konnte und mußte je nach lokalen Umständen und persönlichen Charak-

---

49 Mary Fulbrook, *Reckoning with the Past: Heroes, Victims, and Villains in the History of the German Democratic Republic*, in: Reinhard Alter/Peter Monteath (Hg.), *Rewriting the German Past: History and Identity in the New Germany*, Atlantic Highlands, N. J. 1997, S. 175–196, hier S. 191.

50 Daher ist Ehrhart Neubert in seiner Kritik an der „Theorie von der bloßen Flucht in die privaten Nischen“ unbedingt zuzustimmen: „Viele Bindungen an das System, darunter auch und vorwiegend die durch soziale Sicherheit erzeugten, wurden in die Nische mitgenommen. Und das Private durchflocht das Politische. [...] Gerade diese ‚menschelnde‘ Seite des Systems machte den politischen Zugriff so hart, weil er jede intime Distanz durchbrach, wie sie das Politische in der Politik verhinderte.“, ders., *Geschichte*, S. 22.

51 Siehe Christoph Bernhardt/Gerd Kuhn (Hg.), *Keiner darf zurückgelassen werden! Aspekte der Jugendhilfepraxis in der DDR 1959 – 1989*, hg. von ISA-Gemeinnützige Gesellschaft für soziale Arbeit, Münster 1998.

teren variieren. In einem Bereich war es der Parteisekretär, im anderen der Gemeindebürgermeister, im nächsten der Betriebsdirektor oder LPG-Vorsitzende, häufig eine Kombination von einigen dieser Basisfunktionäre, die qua Person und nicht zuletzt auch durch die schiere Dauer, mit der sie ihre Ämter bekleideten, diese Abgrenzungs- und Vermittlungsarbeit leisteten und stabilisierten. Aus der angedeuteten Nichtgeneralisierbarkeit ergibt sich ein Variantenreichtum an lokalen Machtkonstellationen, der das (von der SED angestrebte und von etlichen Forschern gesuchte) Bild der politischen und sozialen Einheitlichkeit immer wieder durcheinander bringt. Zugleich grenzt sich dadurch diese unterste Ebene der gesellschaftlichen Beziehungen auch heute noch in ihrer „Buntheit“ von der „Einfarbigkeit“ des zentralen Herrschaftsbereichs gut sichtbar und sinnfällig ab.

Das Wissen um diese Grenze, sowohl allgemein als auch im Konkreten, war Allgemeinut. Diesem Umstand verdanken sich zum Beispiel die bescheidenen Erfolge der alltagsbezogenen Satire, eine der wenigen öffentlichen Redeweisen, die, wenngleich nur indirekt, die Qualität des Systems am Einzelfall „testen“ und damit diese beiden Sphären kurzschließen durfte. Neben den „Grenzen“ im sozialen Nahbereich gab es also auch einige Spezialisten der öffentlichen Kommunikation (Satiriker, Schauspieler, Schriftsteller, Musiker), die im Bereich der symbolischen Repräsentationen fortwährend mit Grenzen zu tun hatten. Sie verkörperten diese regelrecht durch ihre öffentlichen Gratwanderungen zwischen individueller Kreativität und den Erfordernissen der offiziellen Kulturpolitik wie auch durch die Thematisierung von Grenzbereichen. Beides ermöglichte ihre öffentliche Reflektion. Darüber, daß in der offiziellen Rede der DDR viel gelogen und verschwiegen wurde, konnte man in Romanen und Spielfilmen durchaus einiges erfahren, solange es nicht zu offensichtlich als Angriff auf das Wahrheitsmonopol der Partei formuliert war. Ständig blieb dabei die Frage des Zu-weit-Gehens virulent. Diese Grenzüberschreitung war schwer zu berechnen, da die Feststellung, wo die Grenze zum „Zu-weit“ liege, in hohem Maße situations- und personenabhängig war und sich zudem hervorragend als Manövriermasse bei internen Kompetenzstreitigkeiten der SED-Kulturpolitik eignete. Die Aufmerksamkeit aller Beteiligten wurde dadurch unaufhörlich auf die gelegentlichen Sanktionen gegen diejenigen, die nun ganz entschieden zu weit gegangen waren, ausgerichtet.<sup>52</sup> Sie sollten als unmißverständliche Botschaften des Systems genau registriert und interpretiert werden, und die wenigsten Künstler und Schriftsteller entzogen sich ganz bewußt diesem Steuerungsmechanismus.

Aus der Tatsache, daß 1. das Prinzip des abgegrenzten Gesellschaftsausschnitts auf unterster Ebene die Grundfigur der Vergesellschaftung im Staatssozialismus war, übergreifende, soziale Distanzen überbrückende Vergesellschaftungsmedien wie Geld und Recht weitgehend ausfielen, und daß 2. die diesen Basisbereichen gesellschaftlicher Praxis übergeordneten Apparate und Gruppen einen großen Anteil von personellen und materiellen Ressourcen banden, ergibt sich zusätzlich folgendes Paradoxon: Auch dieser soziale Kosmos der hauptamtlichen Herrschaftsträger funktionierte – wenn auch in modifizierter Form – nach dem soeben umrissenen Grundprinzip; er reproduzierte es in seinem Innenverhältnis. Der beliebte Kalauer „Auch Bismarck hatte einen Alltag“ verwandelt sich im Fall der DDR-Herrschaftsgeschichte in einen ernstzunehmenden Forschungsgegenstand: In der Binnenwelt der hauptamtlichen Ausübung von Herrschaft im weitesten Sinne, also in der

---

52 Darin bestand zum Beispiel die kulturpolitische Funktion der „Institution“ Biermann während der Jahre seines Auftrittsverbotes, siehe den Bericht von Manfred Krug, *Abgehauen. Ein Mitschnitt und Ein Tagebuch*, Düsseldorf 1996, S. 10.

Welt der Stäbe, der Kader und Intellektuellen auf Kreis-, Bezirks- und Republikebene, wirkte ebenfalls das Prinzip der kleinen überschaubaren Gesellschaftsausschnitte mit ihrer Abgrenzbarkeit von einer Sphäre der „eigentlichen“ politischen Herrschaft, mit Aufpassern und Vermittlern im Grenzbereich. Selbst die ZK-Bürokratie hatte ihre BGL, ihren Feriendienst, ihre Brigadefeiern, aber auch ihre APO.<sup>53</sup> Damit ist nicht gesagt, daß die aktive Teilhabe an dieser ihrer Lebenswelt den Kadern und Bürokraten dasselbe bedeutete wie den gewöhnlichen Sterblichen an der Basis der Gesellschaft, eher im Gegenteil: Konnte von letzteren im Wege des beiderseitigen Stillhaltens und des Arrangements in der Regel nur Loyalität zum politischen System erkaufte werden, verbürgte den im Apparat eingebundenen Kadern die aus der Vogelperspektive wahrgenommene und zugleich an sich selbst erfahrene Allgemeingültigkeit dieser Vergesellschaftungsform die Legitimität des politischen Systems als Ganzem, insbesondere seinen egalitären Charakter, durften sie sich doch selbst immer noch als „Arbeiter“ in einem „Betrieb“ wähen.<sup>54</sup> (Bis heute sträuben sich ehemalige Spitzenfunktionäre der DDR bekanntlich gegen die Einsicht in ihre damaligen Privilegien.) Der Eigen-Sinn dieser Idealisten/Karrieristen von Amts wegen nährte sich aus etwas anderem: ihren Spezialkenntnissen und der Eigenlogik einer Wissenschaft, einer Branche, eines Projekts, dem sie sich verschrieben hatten, ihrem Aufstiegs- und Machtwillen. Auch und gerade dies war eine Quelle fortwährender Reibereien und „Grenzkonflikte“ mit den nächsthöheren Arkanbereichen der Herrschaftsausübung.

#### 4. Was zusammengehört: Konjunkturen der DDR-Gesellschaft

Mikrohistorische „Nahaufnahmen“ der DDR-Vergangenheit bekräftigen die Zweifel an der Vorstellung einer durch die Parteidiktatur „stillgelegten“ Gesellschaft. Mehr noch: Sie liefern uns Bilder von gegenläufigen Situationen und Prozessen. Die Lebendigkeit und Betriebsamkeit sozialer Beziehungen in den lebensweltlichen Gesellschaftsausschnitten war nicht lediglich ein noch nicht abgestorbener „Rest“ von Gesellschaftlichkeit. Vielmehr erforderte die gewaltsame Unterdrückung jener intermediärer und überindividueller Vermittlungsinstanzen, die gemeinhin unter „Gesellschaft“ zusammengefaßt werden, funktionsfähigen Ersatz. In diesem Sinne gab es also „Gesellschaft“, aber nur in den erwähnten Segmenten, die sich zugleich im großen und ganzen mit den durch den SED-Staat gewährten Partizipationsräumen deckten. Dort blieb sie in ihrer vielfachen „Verinselung“ weitgehend auf sich gestellt, keine überindividuelle Instanz bündelte ihre verstreute Wirksamkeit, wenn man von der Rolle der Kirche vor allem in den letzten DDR-Jahren absieht. Neben der von Meuschel beschriebenen Eigenlogik von Funktionsbereichen wie Wirtschaft, Recht und Kultur konnte sich daher der diese Gesellschaftsausschnitte tragende Eigen-Sinn vor Ort gegenüber der alles vereinheitlichenden Zentralmacht Geltung verschaffen. Die Gesellschaft in der DDR war weder abgestorben oder stillgelegt, sie war vor allem begrenzt.

---

53 BGL: Betriebsgewerkschaftsleitung, APO: Abteilungsparteiorganisation; eine Problematik, die im übrigen in den bisher vorliegenden Studien über DDR-Herrschaftseliten und -Führungsgruppen viel zuwenig Beachtung findet.

54 Siehe in diesem Sinne auch den Abschnitt „Probleme der Legitimität und der Loyalität“ in Meuschel, *Legitimation*, S. 229–241.

Soweit eine aus den hier vorgelegten Befunden wie aus der theoretischen Problematik der „Gesellschaft im Staatssozialismus“ abgeleitete Hypothese. Um sie zu einer historischen Problematik weiterzuentwickeln, ist jedoch eine diachrone Betrachtungsweise erforderlich. Damit können wir die Mikro-Ebene verlassen und zur Makro-Ebene, auf die sich der Begriff „Gesellschaft“ gemeinhin bezieht, zurückkehren. In den bisherigen Diskussionen über die „Gesellschaft im Staatssozialismus“ blieb die zeitliche Differenzierung eher unterbelichtet. Generalisierende Aussagen werden meist für die späte Ulbricht- und frühe Honeckerära formuliert, so als ob der DDR-Sozialismus in dieser Phase seinem „Begriff“ am nächsten gekommen sei, und demgegenüber Früh- und Spätphase der DDR weniger präzise benennbare Vorstufen bzw. Verfallserscheinungen dieses Modells darstellten. Dabei enthält die Semantik des „Absterbens“ und „Stillegens“ von Gesellschaft ja bereits in sich eine zeitliche Dimension, der nachzugehen sich lohnt: Wie lange kann, von den nach 1945 auch in der SBZ zunächst wiederrichteten zivilgesellschaftlichen Strukturen ausgehend, „noch“ von Gesellschaft im umfassenden Sinne gesprochen werden?<sup>55</sup> Gab es in der Auflösungsphase der DDR eine Wiederkehr oder ein Neuentstehen von Gesellschaft?<sup>56</sup> Und bilden die Jahrzehnte dazwischen eine relativ homogene Einheit? Natürlich decken die hier vorgestellten Studien einen viel zu geringen Anteil der vier Jahrzehnte DDR-Geschichte ab, um ihnen erschöpfende Antworten auf diese Fragen zu entnehmen. Zu diskutieren ist dennoch, inwiefern der mit dem Begriffspaar „Herrschaft und Eigen-Sinn“ umrissene Ansatz auch mit einer solchen diachronen Betrachtungsweise verknüpft werden kann.

Zunächst ist eine triviale Feststellung vorzuschicken: Der SED gelang es bekanntlich nur, einen Teil der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland zu beseitigen. Der andere weit- aus gewichtigere im Westen regenerierte sich nicht nur erfolgreich, sondern führte in der DDR selbst eine nie zu unterbindende virtuelle Zweitexistenz. Der eng mit der bundesrepublikanischen Gesellschaft verbundene Fortbestand der Kirchen stellte ein weiteres Moment kontinuierlicher, in diesem Fall auch institutioneller Präsenz einer Art „Teilgesellschaft“ dar. Beide Kontinuitäten akzentuierten die Spezifik der von der SED instituierten und bzw. von den Menschen angeeigneten und gelebten Formen von Gesellschaftlichkeit: Die bürgerliche Gesellschaft geriet in der DDR nie aus den Augen und vermutlich auch nie aus dem (Hinter-)Sinn der meisten ihrer Bewohner.

Dennoch traten die für die SED-Diktatur charakteristischen Vergesellschaftungsmechanismen nicht ohne weiteres an die Stelle der in den Nachkriegsjahren auch in der SBZ zum Teil wieder aufgebauten herkömmlichen Strukturen. Sie hatten ihre eigene Entwicklungsgeschichte. Das Prinzip des ganzheitlichen Gesellschaftsausschnitts auf unterster Ebene wirkte nicht von Anfang an, sondern bildete sich im Wechselspiel zwischen gegebenen sozialen Strukturen und deren von der SED betriebenen Zerstörung bzw. Ersetzung heraus. Die faktische Geltung dieses Prinzips war kein von der SED angestrebtes Ziel – ihre Ideologen träumten von einer homogenen Verschmelzung von Partei, Staat und Gesellschaft

---

55 Siehe dazu demnächst Michael Schwartz, Umsiedlerpolitik in der Krise. Das Vertriebenenproblem in der Gründungsphase der DDR, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hg.), 1948/49 – Das letzte Jahr der SBZ [Arbeitstitel], München 1999.

56 So ließen sich etwa die Befunde von Studien zur Erosion der SED-Herrschaft in den späten achtziger Jahren interpretieren, siehe z. B. Neubert, Geschichte; Helmut Fehr, Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und der DDR, Opladen 1996; Detlef Pollack, Der Zusammenbruch der DDR als Verkettung getrennter Handlungslinien, in: Konrad H. Jarausch, Martin Sabrow (Hg.), Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999 (i. Dr.).

auf allen Ebenen – sondern ein *Effekt* ihrer Herrschaftspraxis, ein prästabiler, beständige Zuarbeit erfordernder Status quo in der Machtverteilung zwischen den verschiedenen Instanzen und gesellschaftlichen Akteuren.

Aus gesellschaftsgeschichtlicher Sicht läßt sich für die ersten ca. anderthalb Jahrzehnte der DDR die gewaltsame Auflösung im weitesten Sinne staats-bürgerlicher (oder neu-deutsch: zivilgesellschaftlicher) Sozialbeziehungen und der soziale wie politische Widerstand dagegen als konstitutives Merkmal der Herrschaftspraxis abgrenzen. Dabei stellte die Beseitigung von bis dahin gebräuchlichen, auf der kapitalistischen Marktwirtschaft basierenden Eigentumsformen noch in den vierziger Jahren zunächst weniger eine Voraussetzung für den unmittelbaren Aufbau einer sozialistischen Planwirtschaft als für die Ausschaltung konkurrierender Herrschaftseliten dar: Sowohl die Bodenreform – die mit den Neubauern ja keineswegs vollgültige Privateigentümer nach bürgerlichem Recht schuf – wie auch die Enteignung des großen Industrie- und Handelskapitals erschlossen dem staatlichen Herrschaftszentrum neue Machtressourcen in allen volkswirtschaftlichen Bereichen.<sup>57</sup> Mit der Abschaffung der Unternehmer als gesellschaftlichem Machtfaktor verlor auch die als deren Gegenmacht institutionalisierte Interessenvertretung der Arbeiterschaft jegliche Eigenständigkeit. Ihre Vertragsfreiheit wurde ohne großes Aufheben gleich „mitenteignet“, da die Verfügung über die Ware Arbeitskraft nun ebenso Sache des Plans wurde wie diejenige über die Produktionsmittel, an denen sie eingesetzt werden sollte. Die politisch gleichgeschalteten Gewerkschaften wurden zu „Transmissionsriemen“ im Auftrage der kommunistischen Machtelite, die zugleich die Kompetenzen der staatlichen Exekutive und der Unternehmensführung an sich zog. Der Widerstand – und hier ist der Begriff ohne Zweifel angebracht – gegen diese Entmachtung kulminierte in der Junikrise 1953 und setzte sich in den Jahren bis 1961 in der Flucht nach Westen fort. Zugleich verlagerte sich die effektive Aushandlung um Löhne, Arbeitsbedingungen und Leistungen von zentralen Instanzen in die Betriebe bzw. unterste Betriebseinheiten. Die Brigaden etablierten sich als eigentlicher Transaktionsort zwischen SED und Arbeiterschaft.<sup>58</sup> Und von hier aus versuchte die SED zum „großen Sprung“ anzusetzen, indem sie die sozialen Ressourcen des Arbeitskollektivs umfassend für das volkswirtschaftliche Überholen der Bundesrepublik zu mobilisieren versuchte. Wie sehr sich aber zehn Jahre nach Beseitigung der Koalitionsfreiheit und fünf Jahre nach dem 17. Juni Arbeiterschaft und SED auseinandergelebt hatten, belegt eindrücklich *Thomas Reichels* Untersuchung der „sozialistischen Brigaden der Arbeit“ Ende der fünfziger Jahre: Jede Seite setzte ihre ganz speziellen Hoffnungen in die Aufwertung der betrieblichen Arbeitermacht. Reformfreudige Gewerkschaftsfunktionäre spekulierten auf einen Zuwachs an von ihnen selbst zu bündelnder Verhandlungsmacht, Arbeiter hingegen nutzten die erweiterten Möglichkeiten zur legitimierten Gruppenbildung, um eigene Interessen und Bedürfnisse in ihrer ganzen Vielfalt an Ort und Stelle zu organisieren, ohne den politischen und ökonomischen Herrschaftsanspruch der Partei in Frage zu stellen.

---

57 Siehe Arnd Bauerkämper, Kontinuität und Auflösung der bürgerlichen Rechtsordnung. Landwirtschaftliches Bodeneigentum in Ost- und Westdeutschland 1945–1990, in: Hannes Siegrist/David Sugarman (Hg.), Eigentumskulturen im Vergleich. Eigentums-, Persönlichkeits- und Bürgerrechte im 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1999 (i. Dr.), Tilman Bezzenberger, Wie das Volkseigentum geschaffen wurde. Die Unternehmens-Enteignungen in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1948, in: Zeitschrift für Neuere Rechtsgeschichte, 19 (1997), S. 210–248.

58 Siehe dazu Hübner, Konsens, passim.

Die ländliche Gesellschaft hingegen blieb zunächst von privatwirtschaftlichen Eigentumsstrukturen geprägt, ja selbst unter den Neubauern-Existenzen stellten sich binnen weniger Jahre ökonomische Differenzierungsprozesse ein, die auf die Persistenz von bürgerlich-bäuerlichem Eigentümerverhalten auch in dieser Gruppe schließen lassen. Anders als im Fall der Industriearbeiterschaft stand die SED im Fall der Bauernschaft vor dem Problem, eine Sozialkultur zu entmachten, in der breitgestreutes Eigentum an Produktionsmitteln, individueller Sozialstatus und wirtschaftliche Leistungskraft eng miteinander verflochten und mit Hilfe eines althergebrachten Genossenschafts- und Verbandswesens auch gesellschaftlich effektiv organisiert war. Wie schwer es den SED-Agrarpolitikern fiel, diese kleinräumigen, mit der Geltungsmacht der Tradition ausgestatteten und hochgradig differenzierten Sozialbeziehungen der „sozialistischen Landwirtschaft“ gefügig zu machen, läßt sich den Beiträgen von *Dagmar Langenhan* und *Thomas Lindenberger* entnehmen. Das informelle Unterfutter dieser Netzwerke und eine lange Übung im eigen-sinnigen „Aussetzen“ und Unterlaufen zentralherrschaftlicher Anforderungen, aber auch die oftmals kompromißlose Verweigerung der Selbstpreisgabe als Bauer stellten die gesamten fünfziger Jahre hindurch ein nur in mühsamer Kleinarbeit zu überwindendes Hindernis für die Kollektivierung dar. Wie beim zwiespältigen Erfolg der Brigadebewegung in der Industrie markieren auch hier die Jahre nach dem V. Parteitag eine *Sattelzeit* in der Gesellschaftsgeschichte der DDR:<sup>59</sup> Während die Agitationstrupps die störrische Mehrheit der Bauern noch mit Psychoterror und ökonomischem Zwang peu à peu in die LPG oder in den Westen trieben, dehnte der Staat seine Kompetenzen und institutionelle Präsenz systematisch auf die unterste Ebene dörflichen Zusammenlebens aus und schuf damit neue Auffangstrukturen für die sozialen Interessen und Bedürfnisse der bald eigentumslosen Bauern. Doch auch im nunmehr vollgenossenschaftlichen oder gar sozialistischen Dorf mußte der Parasit seine Rechnung mit dem Wirt machen, wenn er seine Aufpasser-Funktionäre aufs Land schickte: Die Geschichte der ländlichen Dorfpolizisten, die sich im Sozialcharakter mehr und mehr ihrer Klientel anpaßten, zeigt nicht nur die nachhaltige Wirksamkeit der Integrationskraft selbst eines seiner materiellen Grundlage beraubten sozial-moralischen Milieus. Sichtbar wird auch die mehrdeutige Funktion der staatssozialistischen Partizipationsformen auf der untersten Ebene des Staatsaufbaus, und dies gerade und erst recht, nachdem der Mauerbau die „Exit“-Variante des Widerstands ausschloß<sup>60</sup> und das politische Arrangement mit den nun endgültig etablierten Herrschaften ohne Alternative blieb. Wie variantenreich und heterogen die Ausgestaltung der in der Folge der Zwangskollektivierung von der Zentralmacht usurpierten Handlungsfelder sein konnte, zeigt der von *Patrice G. Poutrus* beschriebene Fall der Kombinate Industrielle Mast. Hier gelang es, zwei disparat erscheinende Dinge optimal im Sinne der sozialistischen Planwirtschaft miteinander zu kombinieren: Die Industrialisierung und damit vollständige „Entbäuerlichung“ eines ganzen Produktionszweiges bei gleichzeitiger Ausnutzung von genuin ländlichen Wertvorstellungen und Lebensentwürfen der dort beschäftigten Arbeiterinnen.

Organisiertes Aushandeln kollektiver Interessen im überindividuellen Maßstab im Fall der Arbeiterschaft und die Verknüpfung von Sozialstatus und Eigentum als Machtressource im Fall der Bauern – das waren soziale Logiken, die historisch zur „alten“, marktwirtschaftlichen Eigentumsordnung gehört und dort wesentlich zur Selbststeuerung und Reproduktion

59 Siehe dazu auch Siegfried Lokatis, Tagungsbericht: Das Jahr 1957. Ein Workshop, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien Nr. 8, Okt. 1996, S. 33–34.

60 Siehe Albert O. Hirschman, *A Propensity to Self-Subversion*, Cambridge, Mass. 1995.

von Wirtschaft und Gesellschaft beigetragen hatten. Sie zusammen mit dieser Eigentumsordnung zu beseitigen war eine Sache, funktionale Äquivalente dafür zu schaffen, eine andere. Denn das den Bewertungs-Prozeduren eines Marktes entzogene Volks- und Staatseigentum beinhaltete keine entfernt vergleichbaren präzise gefaßten Rechte und Pflichten, Chancen und Risiken, wie sie den Eigentümern und Rechtssubjekten der alten Ordnung noch selbstverständlich gewesen waren. Es entstand ja in der DDR genauso wenig wie in der Sowjetunion und den anderen staatssozialistischen Ländern eine neue Eigentümerklasse im genauen Sinne des Begriffs.<sup>61</sup> Die Parteibürokratie hatte zwar die meiste Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, deren Einsatz sie zu organisieren hatte, sie konnte sie aber weder kaufen noch verkaufen, geschweige denn beleihen oder auf andere Weise ihren Wert mobilisieren. Sie existierten nur noch als absolute technische Größen, aber nicht mehr als ökonomische im Sinne wertmäßiger Relationen. Wie diese historisch neue Form des Eigentums sinnvoll zu klassifizieren ist, bleibt eine schwierige Frage. Der historisch ältere Begriff des Staatseigentums führt insofern in die Irre, als er auf den Unterschied zwischen Eigentümern – dem Staat und der Privatperson – abhebt, ohne die privatrechtliche Grundlage des Eigentums zu berühren. Die Neuschöpfung „Volkseigentum“ benennt einen Eigentümer, der nicht als Rechtsperson auftritt und Verfügungsgewalt ausübt. In Absetzung dazu existierte das begrenzte, aber minderrangige „persönliche Eigentum“ des einzelnen Bürgers, das nennenswerte Verfügungsgewalt über Produktionsmittel weitgehend ausschloß. Konsequenterweise verlor das Recht, insbesondere – so läßt sich unter Hinweis auf *Inga Markovits'* Studie ergänzen – das Zivilrecht, in der DDR enorm an Bedeutung und wurde zu einer zweitrangigen Arena gesellschaftlichen und politischen Handelns. Ein rumänischer Stalinismustheoretiker hat für diese historisch einmalige Beziehung zwischen Produktionsfaktoren und Wirtschaftssubjekten den Begriff des *property vacuum* vorgeschlagen: Ein alle gesellschaftlichen Beziehungen durchdringendes (Nicht-)Verhältnis zu den Produktionsmitteln, das einen zugleich unmündigen und verantwortungsfreien Umgang mit materiellen Ressourcen nach sich zog.<sup>62</sup>

Die enorme Ausdehnung der zur Aufrechterhaltung von materieller Reproduktion notwendigen Lenkungs- und Kontrollarbeit war die folgerichtige Begleiterscheinung des Eigentum-Vakuums. Das „Unter-Parteikontrolle-Stellen“ wurde mehr denn je zur Regel. Mangels gesellschaftlicher Rückkopplungsmechanismen blieben Fehlfunktionen dieser Steuerung jedoch ohne sofortige Konsequenzen. Und auch auf der Ebene der „Angeleiteten“ und „Gesteuerten“ hinterließ die fehlende Sanktionsgewalt des Eigentums ihre Spuren. Das schlug sich nicht nur in der zweideutigen Redensart vom „Alles aus den Betrieben raus-holen“ nieder. (Bekanntlich war es Wolf Biermanns 1976 vor westlichem Publikum vorge-tragene Sentenz über die „hochentwickelte Selbsthilfe der Arbeiter, nämlich daß sie sich

---

61 So der Ausgangspunkt in Heike Solga, *Auf dem Weg in eine klassenlose Gesellschaft? Klassenlagen und Mobilität zwischen Generationen in der DDR*, Berlin 1995, einer in dem bereits erwähnten Projekt des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung durchgeführten Einzeluntersuchung. Zur Kritik an dieser die Aussagekraft der empirischen Befunde keineswegs mindernden und dennoch nicht überzeugenden Vorannahme siehe die Besprechung von Ralph Jessen in *Deutschland-Archiv* 29 (1996), S. 647–649.

62 Felipe Garcia Casals (d. i. Pavel Câmpeanu), *The Syncretic Society*. Aus dem Frz. v. Gay Daniels, mit einem Vorwort v. Alfred G. Meyer, White Plains, New York 1980, siehe auch die leichter zugängliche Darstellung und Weiterentwicklung dieses Gedankengangs von Józseph Böröcz, *Dual Dependency and Property Vacuum. Social Change on the State Socialist Semipherey*, in: *Theory and Society* 21 (1992), S.77–104.

persönlich bereichern, daß sie klauen wo sie arbeiten“, die ihm das Neue Deutschland am meisten übelnahm, um seine Ausbürgerung zu rechtfertigen).<sup>63</sup> Daß die von der SED ins Leben gerufenen sozialistischen „Großprojekte“ der sechziger und siebziger Jahre auf das eigene Versagen am Markt nicht reagieren konnten, hängt auch mit dieser bis auf die Ebene der Arbeiter hinunterreichenden konsequenten Abkoppelung von individuellem Eigen-Sinn und produktivem Umgang mit Eigentum zusammen. Welchen Schwierigkeiten unter dieser Voraussetzung der Aufbau neuer Industrien begegnete, zeigt *Leonore Ansorgs* Studie über den Aufbau einer Textilindustrie auf dem platten Lande. Ungerührt produzierten Arbeiterinnen wie Management aller Parteikontrolle zum Trotz während der ersten zehn Jahre fast ebenso viel Ausschuß wie verkaufbare Produkte. Auch der Fall der von *Burghard Ciesla* beschriebenen DDR-eigenen Hochseefischerei weist dieses Fehlen von Rückkoppelungsbeziehungen zur Verbraucherseite auf.

Die beschriebenen subsidiären Gesellschaftsausschnitte stellten die unterste Ebene dieser gesamtgesellschaftlichen und scheinbar ausweglosen Abhängigkeit von zentraler Planwirtschaft und organisierter Verantwortungslosigkeit dar. Offen artikulierter Widerstand, wie er für die konfliktreichen fünfziger Jahre charakteristisch war, wich nach dem Wegfall der „Exit“-Option vielgestaltigen Arrangements. Zu deren ungeschriebenen Gesetzen gehörte die Versorgungspflicht von Partei und Staat. In dieser Hinsicht stellten die Arbeitskollektive dank ihrer relativen Machtpotentiale zugleich die neuralgischsten Handlungseinheiten dar: Wie die Überlieferungen der „besonderen Vorkommnisse“ in den Akten von FDGB und SED zeigen, wurde wenn, dann von hier aus effektiv sozialer Widerspruch gegen gravierende Versorgungsmängel angemeldet.<sup>64</sup> Zugleich aber konnten gerade auf dieser Ebene substantielle Lücken durch informelle Praktiken der Kompensation und Umwidmung von materiellen Gütern geschlossen werden. Diese kleinen Triumphe eines dem Irr-Sinn von Planung und Kommandowirtschaft abgetrotzten „gesunden Menschenverstandes“ waren ihrerseits zugleich Quelle und Ergebnis von sozialer Verantwortung und Eigen-Sinn, unabhängig von der politischen Einstellung zum Regime. Die darin aufgehobenen Tugenden der Improvisationsfreude und der geduldigen Beziehungsarbeit werden übrigens von einigen mittlerweile als bewahrenswerte und erinnerungswürdige Eigenschaften des „DDR-Menschen“ beschrieben und mit gewissem Recht der „rein sachlichen“ Geschäftsmäßigkeit und dem „coolen“ Alltags-Individualismus der „Wessis“ gegenübergestellt.<sup>65</sup> Das wiederentdeckte „eigentümliche Wir-Bewußtsein“ der DDR-Bürger bezog sich, wie Ehrhart Neubert unlängst formuliert hat, auf diesen „Kitt, der die DDR-Gemeinschaft zusammenhielt“: eine „Gemengelage sozialer Techniken, die zum Leben und Überleben erlernt werden mußten. [...] Für alle galt es, in den täglichen Verhaltensweisen und in der Planung der Biographie die Grenzen und Möglichkeiten der angebotenen sozialistischen Standards auszuloten.“<sup>66</sup>

Die sich von den fünfziger bis in die achtziger Jahre erstreckenden Untersuchungen von *Sylvia Klötzer* und *Inga Markovits* über institutionalisierte Formen öffentlicher Kritik und Konfliktregelung zeigen schließlich, wie wenig das einmal durchgesetzte Strukturierungs-

63 Neues Deutschland v. 17.11.76, zit. n. Matthias Judt (Hg.), DDR-Geschichte in Dokumenten. Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Berlin 1997, S. 328f.

64 Siehe z. B. Hübner, Konsens, passim.

65 Siehe Wolfgang Engler, Die ungewollte Moderne. Individualisierung im Vergleich, in: ders., Die ungewollte Moderne. Ost-West-Passagen, Frankfurt a. M. 1995, S. 31–84.

66 Neubert, Geschichte, S. 22.

prinzip gesellschaftlicher Handlungsfelder zur Erzeugung von Dauer und Stabilität legitimer Herrschaft geeignet war. Bereits anhand von Generationsstudien ist festgestellt worden, daß nicht nur Produktionsanlagen und städtische Infrastruktur, sondern auch die Herrschaftselite in den zwei letzten Jahrzehnten der DDR gewissermaßen „auf Verschleiß gefahren“ wurden. Unfähig zur Kooptierung nachwachsender Generationen scheiterten die Kader der „Weimarer“ und der sogenannten FDJ-Generation beim Versuch, das Herrschaftssystem personell zu erneuern.<sup>67</sup> Die DDR starb mit ihren letzten noch lebenden Gründern. Ähnlich verhält es sich in den allerletzten DDR-Jahren mit der Aufrechterhaltung jener unsichtbaren, so niedrig gehängten Grenzen, die Lebenswelt und SED-Arkanbereich voneinander trennten. Sie wurden brüchig und porös; es mußten unauffällige Zugeständnisse an bislang erfolgreich ignorierte gesellschaftliche Kräfte gemacht werden. Im nachhinein hört man – sensibilisiert vom Ausgang der Geschichte – förmlich das Gras wachsen. Vor Zivilgerichten kommen mit einem Mal Spekulationsgewinne zur streitigen Verhandlung, die bisher mangels der Legitimität individuellen Profits ohne Existenzrecht und allenfalls vor der Strafkammer verhandelt worden waren – eine stille Kapitulation vor den informellen Praktiken privater Märkte, die schon längst auf anonymer und überindividueller Ebene wirksam sind (vgl. den Beitrag von *Inga Markovits*). Von derselben Desillusionierung scheint die Aufweichung der strikten Begrenzung von Öffentlichkeit, wie sie sich anhand der Satire zeigen läßt, getragen. Auch hier galt jahrzehntelang das Prinzip des limitierten Aktionsradius: Entweder durch die Reduktion des Gegenstandes auf isoliert zu behandelnde Einzelfälle, sofern es um den republikweit verbreiteten *Eulenspiegel* ging, oder durch die Eingrenzung von Kabaretts auf ihr regionales Umfeld; ihre parteiamtlich vorzensierten Programme kamen bezeichnenderweise fast nie im Fernsehen. Nun wird es möglich, diese Begrenzungsverfahren selbst in aller Öffentlichkeit ironisch zu attackieren: Die „Eingabe“ als „ziemlich offener Brief“ im Satire-Magazin und das Abnahmeverfahren durch die Bezirksleitung der SED als Teil des Kabarettprogramms signalisieren nicht nur den Willen zur grundsätzlichen, „an alle“ gerichteten Kritik im Sozialismus, sondern zugleich auch das nachlassende Selbstvertrauen der SED, deren Öffentlichkeit zu unterbinden (vgl. den Beitrag von *Sylvia Klötzer*).<sup>68</sup>

Daß die SED-Diktatur auch einer Gesellschaft im Aufbruch zum Opfer fiel und nicht lediglich dem Versagen ihrer Repressionsorgane, ist nur die Kehrseite der von ihr durchgesetzten jahrzehntelangen Alleinherrschaft des Politischen. Die sorgsam arrangierte Verinselung des Gesellschaftlichen an der lebensweltlichen Basis, diese Bestandsgrundlage staatssozialistischer Herrschaftspraxis, beginnt in den letzten Jahren der DDR zu schwinden. Die mittlerweile unfreiwillig anti-sowjetische Repressionswelle ab Februar 1988 trägt schon alle Anzeichen einer verspäteten Abwehr. Zugleich bauen sich dem SED-Herrschaftsanspruch zuwiderlaufende soziale „Handlungslinien“ auf. Zunächst existieren sie getrennt voneinander, aber es reicht eine vergleichsweise kurze Zeit ihrer kausalen „Verkettung“, um

67 Vgl. Ralph Jessen, *Mobility and Blockage during the Seventies*, in: Konrad H. Jarausch (Hg.), *The East German Dictatorship. Ambiguities of Repression and Experience in the GDR*, Providence 1999 (i. Dr.).

68 Vergleichbares läßt sich auch für die Eingaben an das Massenmedium Fernsehen in den achtziger Jahren feststellen, die von den Verfassern zunehmend weniger zur individuellen Abhilfe als zum Öffentlich-Machen von Mißständen genutzt werden, siehe Ina Merkel, „...in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleinen viereckigen Menschen“. Briefe an das Fernsehen der DDR, in: Lüdtk/Becker (Hg.), *Akten*, S. 279–310.

die SED-Herrschaft zum Einsturz zu bringen.<sup>69</sup> Schließlich: Auch die gegenwärtige Renaissance einer DDR-Identität, das Sich-Wiedererkennen der nunmehr ganz unpolitisch „Ostdeutsche“ Getauften in „ihrer“ DDR, knüpft an die Erfahrungen dieser immer verstreuten und hochdifferenzierten, aber nie verschwundenen Gesellschaftlichkeit an. Der Gängelung durch die Partei entledigt und in der Euphorie von Wende und deutscher Vereinigung zunächst scheinbar obsolet geworden, bietet ihre jetzt betriebene Erinnerung vor allem Ansatzpunkte zur mentalen und symbolischen Kompensation der durch den sozio-ökonomischen Strukturwandel erlittenen Verluste. Das mag wie eine schöne Illusion klingen, und ist leider – nicht überall, dennoch viel zu oft – von ausgesprochen häßlichen, da haßerfüllten Ausschlußpraktiken begleitet. Doch von nichts kommt nichts, weder die Idee vom „guten“ „Ostmenschen“ mit seinem Harmoniestreben noch der aggressive Fremdenhaß seiner glatzköpfigen Kinder.<sup>70</sup> Und so wächst heute in der Vorstellung zusammen, was einst im Leben zusammengehörte, aber gewaltsam getrennt blieb: die Gesellschaft der DDR.

## 5. Danksagungen

Abschließend seien einige Institutionen und Personen genannt, die das Zustandekommen dieses Projektbandes maßgeblich unterstützt haben. Für die Entstehung und Konzipierung des Forschungsprojekts im Sommer 1995 spielten die engagierten, aber immer aufmunternden Kritiken von Jürgen Kocka (Freie Universität Berlin) als Leiter des Forschungsschwerpunktes Zeithistorische Studien, der Vorgänger-Institution des ZZF, eine wichtige Rolle. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft fördert die Arbeit der Projektgruppe seit 1996. Damit ist nicht nur eine solide sachliche Ausstattung der Forschungstätigkeit der am ZZF beschäftigten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Projekts gegeben. Genauso wichtig sind die Möglichkeiten, Kolleginnen und Kollegen aus dem In- und Ausland einzuladen, um mit ihnen über unsere und ihre Projekte zu diskutieren und sie als Gastforscher in unsere Projektarbeit einzubeziehen.

Roswitha Breckner (Universität Halle-Wittenberg) und Eva Brücker (Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen) haben uns in Theorie und Methode lebensgeschichtlich-narrativer Interviews eingeführt. Auf dem Workshop „Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Forschungen zur Gesellschaftsgeschichte der DDR“ im November 1997 haben Arnd Bauerkämper (ZZF), Mary Fulbrook (University College, London), Ralph Jessen (Freie Universität Berlin), Ina Merkel (Humboldt-Universität zu Berlin), Felix Mühlberg (Technische Universität Chemnitz), Rüdiger Soldt (Deutschlandradio) und Dorothee Wierling (Kulturwissenschaftliches Institut Essen) durch ihre teils sehr kritischen, aber immer konstruktiven Kommentare zu weitreichenden Überarbeitungen erster Fassungen der hier vorgestellten

---

69 Pollack, Zusammenbruch. Er geht von der Existenz von „vier relativ isoliert voneinander agierenden Bewegungen“ im Herbst 1989 aus, die sich in ihrer Gegnerschaft zur „starre[n] Führungsriege der SED“, durch ihre Interaktion gegenseitig verstärkten: die Bürgerrechtsbewegung, die Massendemonstrationsbewegung, die Bewegung der kommunistischen Reformer und die Fluchtbewegung; vgl. auch die anderen Beiträge in Jaraus/Sabrow (Hg.), Zerfall.

70 Zur Kritik an den fremdenfeindlichen und nationalistischen Untertönen der sich nicht nur, aber vor allem im Umfeld der PDS artikulierenden DDR-Verklärung siehe Ivo Bozic, Soziale Unsicherheit als Freibrief, die tageszeitung v. 2.11.1998, S. 20.

Beiträge ermuntert. Außerdem haben József Böröcz (Rutgers University, New Brunswick, N.J.), Inga Markovits (University of Texas at Austin, Austin, TX), Dietrich Mühlberg (Berlin) und Eric Weitz (St. Olaf College, Northfield, MN) als Gastforscher am ZZF die Arbeit der Projektgruppe erheblich bereichert. Den zahlreichen Diskussionen mit Alf Lüttke (Max-Planck-Institut für Geschichte, Göttingen) und Sandrine Kott (Université de Poitier/ Institut Universitaire de France) bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten verdanken wir ebenfalls wichtige Impulse. Schließlich sind wir Hans Günter Hockerts (Ludwig-Maximilians-Universität München), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des ZZF, für Anregungen und Verbesserungsvorschläge dankbar. Bei der Forschungsarbeit wie bei der Erstellung des Manuskripts und des Literaturverzeichnisses konnten wir uns mit Jan Behrends, Maren Tribukait und Dennis Kuck auf zuverlässige und engagierte studentische Hilfskräfte verlassen. Waltraud Peters hat aus unseren uneinheitlichen Manuskripten eine leserfreundliche Druckvorlage hergestellt; ihr gilt, wie allen anderen Kolleginnen und Kollegen am ZZF, deren Namen wir hier nicht im einzelnen auführen können, unser herzlicher Dank.